

# ARMENIEN 100



**inamo S**

Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten Sonderheft Frühjahr 2015 € 2.-

# ARMENIEN 100

aus: inamo 43 | Herbst 2005

Der Völkermord an den Armeniern  
Anerkennung und Leugnung

3

Corry Görgü

Vor dem Erwachen:

Das nationale Traumbild 'Armenier'

4

Hans-Lukas Kieser

Die Debatte um den Völkermord an  
den Armeniern

8

Toros Sakarian

Johannes Lepsius und die Akten des  
Auswärtigen Amtes

9

Erinnerung an die Hilfe der  
arabischen Beduinen

13

Katrin Adolph  
Karin Pütt

Historiker in nationalen Diensten  
Debatte um den Genozid

15

Corry Görgü

Die israelische Debatte über den  
Völkermord an den Armeniern

16

George Hintlian

Das Unvorstellbare erinnern.

Zum 100. Jahrestag des Genozids

19

Barbara Eder

Mentalitäten:

Armenien und die Diaspora

23

Tessa Hofmann

Leben und Überleben in  
Zeiten des Völkermords

27

Ismail Küpeli

Juni 1921: Der Prozess gegen

Soghomon Tehlirian

28

Stefan Ihrig

Armenische Flüchtlinge in  
Syrien 1894—1939

31

Abdallah Hanna

aus: inamo 80 | Winter 2014

aus: inamo 43 | Herbst 2005

aus: inamo 81 | Frühjahr 2015

aus: inamo 49 | Herbst 2007

## inamo

Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten | Jahrgang 15

### Herausgeber:

Informationsprojekt Naher und  
Mittlerer Osten e.V.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Verantwortlicher Redakteur:

Norbert Mattes

Redaktion:

Jordanien: Hisham Bustani; Westsahara,

kritische Ökologie: Axel Goldau; Nahost-

Konflikt: Dr. Katja Hermann; Nahost-

Konflikt, Syrien, Afghanistan: Norbert

Mattes; Kino Nahost, Israel, Palästina,

Libanon: Irit Neidhardt; Moderner Islam,

Sahara und Anrainer: Prof. em. Dr. Werner

Ruf; Kultur (Film, Musik): N. N.; Iran: Dr. Ali

Schirazi; Marokko, Hariri-Mord-Tribunal:

Jörg Tiedjen

### Redaktionelle Mitarbeit:

Nora-Elise Beck, Esther Dischereit,  
Christopher Hayes, Dr. Kathrin Möller,  
Ariadne Papageorgiou, Christopher  
Resch, Dr. Bärbel Reuter, Dr. Manfred  
Wüst, Anja Zückmantel.

Titelgestaltung und Layout: tok

### Redaktionsadresse:

Postfach 310727, 10637 Berlin

Telefon: 030/864 218 45

Internet: <http://www.inamo.de>

e-mail: [redaktion@inamo.de](mailto:redaktion@inamo.de)

Das COPYRIGHT liegt bei der Redaktion und den  
Autorinnen und Autoren. Nachdruck, auch auszugs-  
weise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Die ein-  
zelnen Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung  
der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte  
Manuskripte, Fotos oder anderes Material kann die  
Redaktion keine Haftung übernehmen.

ISSN 0946-0721

Druck: Stock Printservice Berlin

### Abonnements:

inamo Postfach 310727, 10637 Berlin

Jahresabonnement (vier Ausgaben)

Einzelpersonen: € 21.-\*

Institutionen: € 42.-\*

\*) zuzüglich Versandkosten (D:€2.-/EU:€5.-/Welt:€9.-)

Es gibt die Möglichkeit eines Förderabos

Nur für Abonnements: Sparkasse

Bamberg, BLZ 770 500 00, Kto. 920 98

inamo e.V. ist auf Unterstützung angewie-  
sen. Spenden sind willkommen.

Spendenkonto: Berliner Volksbank,  
BLZ 100 900 00, Kto. 5708 290 000

Schwerpunkt des aktuellen Heftes **inamo**<sup>81</sup>: «BIS DAS FASS LEER IST» — Der Golf-  
kooperationsrat (Bahrain, Kuwait, Oman, Qatar, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate)

Der 24. April 1915 - Beginn der Verhaftung armenischer Würdenträger und Intellektueller in Istanbul, gilt als Auftakt des Völkermords, dem während und nach dem Ersten Weltkrieg etwa 1,5 Millionen Armenier zum Opfer fielen. Über den Genozid sind in jüngster Zeit meh-

rere umfassende Publikationen vorgelegt worden, weshalb in diesem Heft nicht die historischen Ereignisse im Mittelpunkt stehen, sondern die Frage, weshalb die armenische Katastrophe international bis heute weitgehend ignoriert wird, obwohl während der Ereignisse

zahlreiche Diplomaten, Missionare, Ärzte und Zeitungen über die systematische Ermordung des armenischen Volkes berichteten, die Fakten also der Weltöffentlichkeit bekannt waren.

# Der Völkermord an den Armeniern Anerkennung und Leugnung

aus: inamo 43, Herbst 2005  
von Corry Görgü

In der Türkei ist die Leugnung des Völkermords nach wie vor Staatsräson, allein die Benennung zählt als Straftatbestand. Als die türkische Nationalversammlung im April diesen Jahres erstmalig das Thema diskutierte, vertrat eine Allparteienkoalition die übliche Version, nach der die als «Umsiedlungen» beschönigten Deportationen zur «Ausschaltung mit dem russischen Feind kollaborierender armenischer Terroristen», erfolgt wären. Weltweit intervenieren türkische Diplomaten und Lobbyorganisationen gegen die Anerkennung des Völkermords.

In den letzten Jahren ist allerdings eine «neue Generation» kritischer türkischer Historiker und Autoren angetreten, die den Mythos des türkischen Nationalismus hinterfragt und auch das armenische Schicksal thematisiert. Der staatliche Druck, der Ende Mai die Durchführung einer Konferenz dreier Istanbuler Universitäten zum Thema verhinderte, die Repressalien, denen der Schriftsteller Orhan Pamuk ausgesetzt ist, unterstreichen allerdings, dass die offizielle Politik des Staates sich nicht bewegt hat.

Von außen erscheint diese verknöcherte Haltung neunzig Jahre nach den Ereignissen absurd, zumal die staatliche Politik immer wieder skurrile Blüten treibt, wie die im März diesen Jahres ministeriell angeordnete Umbenennung einer Schafsgattung(!), der zoologischen Bezeichnung «Ovis Armenia» ...

Die türkische Haltung erklärt sich daraus, dass die als «Befreiungskrieg» verbrämte Ausschaltung der Minderheiten den Gründungsmythos der türkischen Republik bildet, so daß eine Aufarbeitung und Anerkennung der armenischen Katastrophe auch die kemalistische Staatsideologie in Frage stellen würde.

Für die mehreren Millionen Diasporaarmenier, die über die Welt verteilt leben und sich in der jüngeren Generation weitgehend assimiliert haben, bildet der Genozid

das Hauptelement armenischer Identität, eine entsprechend große Rolle spielt für sie die Frage der internationalen Anerkennung des Völkermords. Für die Republik Armenien, deren Bevölkerung ums wirtschaftliche Überleben kämpft, steht dagegen eine Aufhebung der Blockade durch die Türkei im Vordergrund, wobei die chauvinistischen Töne der Türkei historisch begründete Ängste am Leben halten.

In Deutschland wurde der armenischen Völkermord anlässlich des 90. Jahrestages im April 2005 seit Jahrzehnten<sup>1</sup> erstmalig einer breiten Öffentlichkeit zum Thema, wozu auch der Antrag der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag der beitrug. Während die Gründe für das plötzliche Engagement der CDU recht durchsichtig sind - die Armenierfrage als Manöver gegen eine EU-Beitritt der Türkei - ist die explizite Unterstützung von Bundeskanzler Schröder für die von der türkischen Regierung vorgeschlagene «gemeinsame Aufarbeitung» mehr als naiv: Der türkische Vorschlag wurde auf einer von den üblichen Leugnungsreden geprägten Parlamentssitzung formuliert. Wer würde ernsthaft fordern, Holocaustforscher wie Yehuda Bauer sollten sich mit Revisionisten wie David Irving zur «Aufarbeitung der Fakten» an einen Tisch setzen? Die offizielle Haltung der BRD ist vor allem von «Rücksichtnahme» auf den Bündnispartner geprägt. Forschung zum Genozid an den Armeniern wird in der BRD in erster Linie von engagierten Einzelkämpfern und Initiativen betrieben, obwohl hiesige Historiker aufgrund der Quellenlage wesentlich zur Erforschung beitragen könnten, bei der auch die Rolle Deutschlands, mit dessen aktiver Duldung die Verbrechen begangen wurden, Thema sein sollte.

Die israelische Politik - wie auch jüdische Organisationen in den USA - verhalten sich aus ganz anderen Gründen zwiespältig zur Frage des Völkermords an den Armeniern: Da die Erfahrung der Shoah zentrales Element der israelischen Staatsideologie ist und für große Teile des Diasporajudentums eine Rolle als Zivilreligion spielt, befürchtet man offenbar, ein Gedenken an den armenischen Völkermord stelle die Singularität der Shoah in Frage. Gleichzeitig bestehen handfeste mili-

Corry Görgü, arbeitet zum Schicksal türkischer Juden in der Shoah

tärisch-ökonomische Interessen Israels an guten Beziehungen zur Türkei. Beide Gründe haben dazu geführt, daß sowohl der Staat Israel als auch jüdische Lobbyorganisationen in den USA die Türkei häufig in ihrer Leugnungspolitik unterstützt haben.

Andererseits haben gerade jüdische Autoren (von Lazare und Mandelstam über Werfel bis Hilsenrath) zur Bekanntmachung des armenischen Schicksals beigetragen und sich mit den Armeniern solidarisiert. An den diesjährigen Gedenkfeiern in Jerewan zum 90. Jahrestag nahm eine israelische Delegation teil, der Yehuda

Bauer angehörte. In seiner Rede rief er zum Kampf gegen die Leugnungspolitik auf: «*The only thing one can do against this denial is to stand firm, and endlessly repeat the demand for recognition of the fact that a genocide took place against the Armenian people.*»

<sup>1</sup> In den Jahren nach dem ersten Weltkrieg war das Thema durchaus in der Öffentlichkeit präsent, wozu u.a. das Attentat auf einen der Hauptverantwortlichen – Talat Pasha in Berlin und der Prozeß gegen den Attentäter vor dem Schwurgericht Berlin, beigetragen haben. Die Presse berichtete ausführlich, die Verteidigung versuchte den Prozeß als Tribüne zu nutzen, um den Völkermord «vor Gericht zu bringen», weshalb das Gericht den Täter nach nur zwei Verhandlungstagen wegen «Unzurechnungsfähigkeit» freisprach.



Auch wenn die Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern kein explizites Kriterium einer künftigen Mitgliedschaft ist, hat die Annäherung der Türkei an die EU, internationaler Druck und eine wachsende kritische

Öffentlichkeit dieses Thema im Frühjahr 2005 in der Türkei in einem bisher nie dagewesenen Ausmaß in den Mittelpunkt rücken lassen. Erstmals kamen mehrfach «alternative», der staatlichen Leugnungs- und Rechtfertigungs-

version widersprechende Stimmen in den Medien zu Wort. Diese Entwicklung hat ihre innere Logik: Ein seit den 1970er Jahren in der Dauerkrise befindliches Land kommt aus ureigenem Interesse nicht darum herum, seine Identität und

damit seine Geschichte neu und verheißungsvoller als bisher zu verstehen. Der wundeste Punkt dabei ist der Armeniermord in der Gründungsphase (1913–23) des türkischen Nationalstaats.

# Vor dem Erwachen: Das nationale Traumbild 'Armenier'

aus: inamo 43, Herbst 2005  
von Hans-Lukas Kieser

Das gründungsgeschichtliche Fremd- und Feindbild «Armenier» zu dekomponieren bedeutet, den Abschied von jener dominierenden Form des türkischen Nationalismus zu nehmen, der dieses Feindbild portierte und seit 1913 dem ethnischen «Türkentum» allein den Besitz Kleinasien zusprach. Der Abschied fällt umso schwerer, als ohne das gemeinsame Feindbild der militärisch siegreiche «nationale Kampf» um Kleinasien (1919–23) mangels inneren Zusammenhalts nicht zu führen gewesen wäre. Jenes zentrale identitätsstiftende Ereignis steht somit ebenfalls kritisch zur Debatte. Denn die nationale Identität einer ethnisch wie religiös pluralistischen, demokratischen Türkei bedarf einer solideren Grundlage als in jenen Kriegsjahren in einer Atmosphäre aufgepeitschten Hasses gelegt worden war. In der Endphase des Osmanischen Reichs galt «der Armenier» den Türkisten wie den Islamisten als Klassen-, Rassen- und Religionsgegner im verräterischen Bund

mit dem imperialistischen Ausland. Das traf zwar auch auf andere osmanische Christen zu, am meisten jedoch auf die Armenier. Was diese besonders exponierte, war erstens ihr relativ abgelegenes Siedlungsgebiet in den osmanischen Ostprovinzen; zweitens daß ihr Siedlungsgebiet sich jenseits der Grenze in Rußland, dem «Erzfeind» spätosmanischer muslimischer Eliten, fortsetzte; drittens daß kein auswärtiger Staat sich für sie direkt verantwortlich sah (wie etwa Griechenland für die orthodoxen *Rum*); viertens daß die edukative und kulturelle «nationale Renaissance» der Armenier im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in Verbindung mit dem missionarischen Faktor, besonders intensiv war und den Neid der Muslime erregte; fünftens daß die überdurchschnittlich gebildete armenische Gemeinschaft und ihre politisch agile Intelligenz, ein Bruchteil davon in militanter Weise, dem alleinigen Führungsanspruch der *millet-i hâkime* (der sich zur Herrschaft berufen glaubenden Muslime) und dem schließlichen ethno-türkischen Nationalstaatsprojekt in Anatolien diametral entgegenstand.

Der armenisch-osmanische Mitbürger wurde daher für Linke und Rechte, Muslime und Säkulare zum «Anderen», gegenüber dem man seine nationaltürkische

Hans-Lukas Kieser, ist Privatdozent für Geschichte der Neuzeit mit Schwerpunkt osmanische und post-osmanische Welt, an der Universität Zürich.

Identität aufbaute. Daher findet man heutzutage Doğu Perinçek (Führer der Türkischen Arbeiterpartei), den Islamisten Bülent Arınç (Parlamentspräsident) ebenso wie rechtsextreme Nationalisten von der MHP (Partei der nationalistischen Bewegung) auf gemeinsamer militanter Leugnungsfront.

Liberales Stimmen sind heutzutage präsenter als in der Gründungsphase des türkischen Nationalstaats, aber sie bleiben weiterhin gefährdet. Ereignisse, die auch in den internationalen Medien einen starken Wiederhall fanden, zeugen davon: Der Schriftsteller Orhan Pamuk sah sich mit Todesdrohungen konfrontiert, nachdem er am 5. Februar 2005 in einem Interview von einer Million armenischer Toten in den Jahren 1915/16 gesprochen hatte.<sup>1</sup> Und der türkische Justizminister Çiçek ließ am 24. Mai wutentbrannt eine Konferenz türkischer Historiker in Istanbul über die spätosmanisch-armenische Geschichte platzen mit dem Vorwurf, sie stießen der türkischen Nation einen Dolch in den Rücken. Die Konferenz war von den angesehenen Istanbul Universitäten Boğaziçi, Sabancı und Bilgi organisiert worden. Im Falle von Perinçek und vielen nationalistischen Genozidleugnern geht der antiarmenische Geschichtsreflex einher mit Ressentiments gegen die EU und generell gegen den Westen. Der Rückgriff auf den mythisierten Krieg um Kleinasien von 1919–22 legitimiert dabei die Drohung mit Gewalt gegen Gegner im Innern und Äußern.<sup>2</sup>

**Türkismus und Verdrängung** Die Definition Anatoliens als Heimatland «des Türken» und die antihumanistische Verdrängung der Weltkriegsverbrechen, die die demographische Entchristianisierung Kleinasiens einleiteten, gehören zusammen. Dies gilt auch für Mustafa Kemal (Atatürk), der mit jenen Verbrechen nicht unmittelbar zu tun hatte. Im März 1923 hörte man ihn auf einer Versammlung in Adana ausrufen: «Die Armenier haben in diesem gesegneten Land keinerlei Recht. Das Land gehört euch, es gehört den Türken. Es war in der Geschichte türkisch, ist jetzt türkisch und wird ewig türkisch sein. Das Land ist endlich seinen rechtmäßigen Besitzern zurückgegeben worden. Die Armenier und die anderen [Christen] haben kein Anrecht hier.»<sup>3</sup> Atatürk bemühte sich später ruhelos, die Fiktion von Kleinasien als Jahrtausendealter Heimat der Türken prähistorisch und anthropologisch zu belegen (sog. Türkische Geschichtsthese). In Übereinstimmung mit dem ethnonationalistischen Zeitgeist auch in Zentral- und Osteuropa diente dies dazu, die Vertreibung und Vernichtung der alteingesessenen Christen Kleinasiens zu legitimieren. Der unausweichlichen Herausforderung, schwer beschädigte Beziehungen zu reparieren und sich mit der eigenen traumatischen Tat auseinanderzusetzen, stellte man sich nicht.<sup>4</sup>

Das Gedankengut, das in der Geschichtsthese der 1930er Jahre seinen Ausdruck fand, stammte aus den *Foyers Turcs*, einer am Vorabend des Ersten Weltkriegs gegründeten nationalistischen Kulturorganisation mit

völkischem Einschlag. Sie dominierte von 1911 bis 1931 die Artikulation des türkischen Nationalismus; 1931 wurde sie der kemalistischen Einheitspartei einverleibt. Sie propagierte von 1913 an Anatolien als Heimat (*anavatan*) der Türken und ging von der Fiktion aus, daß man, sobald überall türkische Muslime die überwiegende Mehrheit bildeten, «endlich unter sich» sei, das heißt in ihrer Sicht auf gesunder nationaler Grundlage stehe. In der Zeitschrift der genannten Organisation formulierte ein Autor – der wie die meisten Nationalisten zuvor dem jungtürkischen Komitee nahe gestanden hatte – dies 1926 so: «Endlich leuchtete mit der Gründung der Republik die ganze Wissenschaft, die ganze Wahrheit an der Spitze des Bajonettes, und der Türke gab dem, was in völkischer Hinsicht Sophisterei und Quatsch war, mit der geballten Faust – nicht mittels unnützer Logik – die Antwort, die ihm gebührte. Endlich sind wir unter uns. [...] Die Augen, [...] freuten sich, die Existenzen, deren Untergang es wünschte, sind zugrunde gegangen.»<sup>5</sup>

### Angst, Machtwille und Lüge

Die simplistische ethnonationale Logik – die Verknüpfung von Religion/Rasse und Boden für die Grundlegung eines «gesunden modernen» Staates – bedingte Gewalt in zweierlei Hinsicht. Einerseits war die ethnoreligiöse Homogenisierung der Bevölkerung eines multiethnischen Territoriums ohne Zwang und Gewalt nicht möglich, andererseits glaubten die ethnonationalistischen Revolutionäre an heilsame Akte der Gewalt dann, wenn die gewaltfreie Diskussion der Probleme aus ihrer Sicht nur noch «Sophisterei und Quatsch» war. Dieser doppelte Rekurs auf Gewalt ist die untrügliche Signatur eines in der eigenen Aporie gefangenen, vom Willen zur Macht ebenso wie von Untergangängsten getriebenen Denkens.

Das Gespenst des vom inneren und äußeren Widersacher gewollten eigenen «Untergangs» war eine zentrale Figur sowohl im Leugnungs- und Rechtfertigungsdiskurs der Nationalisten als auch im Denken der Genozidtäter selbst. Die damalige Wirklichkeit nachträglich differenzierter wahrzunehmen ist die Vorbedingung für eine post-nationalistische Geschichtsschreibung, die von Feindbildern Abschied nimmt.

Die Genozidtäter gingen von der durchaus zutreffenden Analyse aus, daß ihre Zukunftsprojektion nicht mit den Vorstellungen oder gar der bloßen Existenz jener kompatibel war, die sie als Widersacher oder Hindernis betrachteten. Der Hauptstreitpunkt dabei war die Macht beziehungsweise die Machtteilung. Das heißt, es ging um die «nationale Souveränität» der ethnoreligiösen Gruppe, die sich allein berufen glaubte zur Machtausübung über ein Territorium, obzwar sie es zusammen mit anderen bewohnte. Diese Gruppe – genauer gesagt Eliten, die sich als deren Vertreter betrachteten – fürchtete um ihre Macht und ihr Selbstverständnis. Denn sie konnten ihre Identität nicht denken ohne eigene staat-

liche «Souveränität». Diese nahm sie primär als Machtbesitz, nicht als Übernahme von Verantwortung für die Gesamtheit, wahr.

Ängste und Traumata gehören immer ernst genommen – sie gehören aber auch entlarvt als wirksames Instrument von Gewaltpolitik. Die territorialen Verluste, die Leiden der muslimischen Flüchtlinge aus dem Balkan und Kaukasus seit dem späten 19. Jahrhundert, vor allem in den Balkankriegen 1912/13, sowie das Dauergefühl der Krise des eigenen Staates und damit der eigenen Existenz – fast alle Jungtürken waren Staatsbeamte –, bildeten den schwierigen Hintergrund der jungtürkischen Generation, die zugleich die nationalistische Gründergeneration war. Die demütigenden Verluste auf dem Balkan 1912/13 – dem einstigen Herzstück des Osmanischen Reiches – trugen wesentlich zur türkistischen Wende in Kleinasien und zur Bereitschaft, kollektive Gewalt gegen die christlichen Mitbürger auszuüben, bei. Das türkistische Ziel war: Kleinasien demographisch und ökonomisch ganz in die Hände der Muslime zu bringen und diese türkistisch zu erziehen. Angst, Haß und Lüge sowie eine überzeichnete Selbstsicht als Opfer gehören oft zusammen. So treffen wir in nationalistischen Propagandaschriften nach Ende des Ersten Weltkriegs eine kalkulierte Vermengung historischer Kategorien und eine Inflation von Begriffen wie «Ausrottung», «Vernichtung», «Mord» und «Kreuzzug» an, die bezweckten, die einzigartige Opferrolle der Türken in der modernen Geschichte herauszustellen. Da hieß es etwa, daß verglichen mit dem Leiden der Türken seit Beginn der zaristischen Expansionspolitik im 18. Jahrhundert und während der Balkankriege 1912/13 die Armeniermassaker im Ersten Weltkrieg «ein Scherz» seien.<sup>6</sup>

Die Überzeichnung des Feindes mit der pauschalen Anklage, er wolle einen vernichten, gehörte zum jungtürkischen Argumentarium «präventiver» Kriegspolitik 1914. Die Untergangsangst erklärte sich aus darwinistischen Gesellschaftsvorstellungen, Erfahrungen mit Imperialismus, aggressiven Balkannationalismen und dem unbedingten Willen, nach Jahrzehnten der Verluste und der Abhängigkeit von Europa endlich die «Herren im Lande» zu sein. Sie verband sich mit der Gleichsetzung des äußeren und inneren, zum Feinde gestempelten «christlichen Anderen». Dieser ließ sich um so leichter als Religions- und Klassenfeind deklarieren, als nationalistische Kreise unter den *Rum* und den Armeniern analoge Abgrenzungen ethnonationalistischen Charakters vollzogen. Allein die jungtürkische Elite indes stand im zweiten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts an den Schalthebeln eines imperialen Apparats und sah sich in der Lage, ihre ethnoreligiöse Ausgrenzung von Großgruppen eigener Staatsbürger tatsächlich umzusetzen.

Im Hinblick auf die Neuordnung Osteuropas und des Nahen Ostens gewannen im Umfeld der Pariser Friedensverhandlungen nach dem Ersten Weltkrieg Opfer-

und Täterkategorien eine weitreichende politische Bedeutung. Deutschland und die Türkei suchten sich als «zum Holocaust geführtes Opfer»<sup>7</sup> zu präsentieren; für kritische Geschichts- und Gewissenserforschung blieb kein Raum. Die Siegermächte ihrerseits vermochten damals nicht einen Verhandlungsrahmen aufzuspannen, der universale Referenzen überzeugend integrierte. Die antiimperialistischen Ängste waren teilweise, aber eben nur teilweise, berechtigt: So hatte weder der Vertrag von Sèvres etwas mit einer totalen Aufteilung der Türkei zu tun (der Großteil Kleinasiens wurde in Sèvres einem souveränen türkischen Staat zugesprochen), noch war der internationale Reformplan für die osmanischen Ostprovinzen vom Februar 1914 der erste Schritt zu einer russischen Annexion oder armenischen Unabhängigkeit gewesen wie behauptet wurde. Diese Fehlinterpretation hatte den Jungtürken als ein Rechtfertigungsgrund für ihren Kriegseintritt gedient – und dieser Kriegseintritt war die *conditio sine qua non* für den Genozid wenige Monate später.

**Das Paradigma von Lausanne** Der aus der Lausanner Nahostfriedenskonferenz resultierende, am 24. Juli 1923 abgeschlossene Vertrag zwischen der Türkei und den Siegern des Ersten Weltkrieges revidierte den Vertrag von Sèvres vom 10. August 1920. Er ging kommentarlos über die Vernichtung der armenischen Gemeinschaft in Kleinasien hinweg. Zudem segnete er türkisch-griechische beziehungsweise muslimisch-christliche Bevölkerungstransfers als Mittel ethnoreligiöser Konfliktlösung ab. Bevor die türkische Delegation Ankara verließ, hatte sie von der Nationalversammlung die Instruktion erhalten, unter keinen Umständen die Errichtung einer armenischen Heimstätte mit Einschluß von Teilen Kleinasiens zuzulassen.<sup>8</sup> Der Türkist Dr. Rıza Nur leitete die Gespräche in den Subkommissionen, die sich mit den verschiedenen Volksgruppen befaßten. Als am 6. Januar 1923 die britische Delegation eine sichere Heimstätte für die armenischen Flüchtlinge verlangte, verließ Nur wütend den Saal. In seinen privaten Notizen schrieb er vom «vitalen Interesse, keinen Menschen einer anderen Rasse, einer anderen Sprache und einer anderen Religion in unserem Vaterland leben zu lassen». Mit Bezug auf die Verhandlungen über kurdische, armenische und griechische Minderheiten in Kleinasien notierte er, daß «diese fremden Elemente eine Plage und Mikroben» seien und daß man die Kurden mittels «Assimilationsprogramm von der fremden Sprache und Rasse reinigen müsse».<sup>9</sup>

Nurs Auffassung setzte sich im Prinzip durch: An der Konferenz ging die türkische Nationalbewegung rundum als Siegerin der Auseinandersetzung um Kleinasien hervor und arrangierte sich vorteilhaft mit den Westmächten. Der Vertrag von Lausanne vom 24. Juli 1923 segnete sanktionslos das Resultat der jungtürkischen Vernichtungspolitik im Ersten Weltkrieg und die ethnischen Säuberungen im Unabhängigkeitskrieg ab. Er ließ die ar-

menische und kurdische Autonomie fallen und unterschrieb den bisher größten «Bevölkerungsaustausch» der Geschichte (356 000 Muslime aus Griechenland gegen nahezu 1,5 Millionen orthodoxe Christen aus Kleinasien).<sup>10</sup> Die Konferenz bejahte somit das ethnonationalistische Modell der Sieger des Unabhängigkeitskriegs.

Einzig bei wirtschaftlichen Fragen, den Kapitulationen und den osmanischen Schulden mußte die türkische Delegation einschneidende Konzessionen zugunsten der Westmächte machen. Diese Auseinandersetzung, und nicht die weitaus tiefgreifendere über die Bevölkerungspolitik, führte im Frühjahr 1923 zum vorübergehenden Abbruch der Konferenz. Die Konferenz und ihr Ausgang waren somit ein Abbild der prioritären Interessen der Siegermächte; sie bestätigten jene «Realpolitiker», die übergeordnete Menschen- und Völkerrechte als Palaver abzutun geneigt waren. Der schließliche militärische und diplomatische Sieg des Weltkriegsverbündeten, über dessen gewaltsame Bevölkerungspolitik sie zum Teil aus eigener Anschauung informiert waren, fungierte als eine zentrale Referenz für den Revisionismus der deutschen Nationalsozialisten. Zwar setzten die Delegierten der Westmächte für die Nichtmuslime Minderheitenklauseln durch, aber diese blieben außerhalb der Metropolen nirgends durchsetzbar. Ein schwieriger Verhandlungsgegenstand hatte darin bestanden, daß die Alliierten als Gegenzug für die Aufhebung der Kapitulation die Anstellung ausländischer Experten an türkischen Gerichten verlangten. Schließlich begnügte man sich damit, daß die Türkei sich dazu verpflichtete, ihr Rechts- und Gerichtswesen nach europäischen Standards zu reformieren. Dieser wichtige Schritt erlaubte der Türkei nach getaner Reform – der Einführung des schweizerischen Zivilgesetzes und weiterer europäischer Gesetze – Druck auf die nichtmuslimischen Gemeinschaften auszuüben, so daß diese «freiwillig» auf den völkerrechtlich garantierten Minderheitenschutz verzichteten.<sup>11</sup>

Der langjährige Wahlistanbuler André Mandelstam – russischer Jude, Völkerrechtler, Dragoman bei der russischen Botschaft und Vater des internationalen Reformplans von 1914 – stellte 1925 in einer Schrift über den Völkerbund konsterniert fest, daß sich aus dem Lausanner Konferenzergebnis ein sozialdarwinistisches «allgemeines Recht für alle Völker» ableiten lasse, «ihre Existenz durch die Zerstörung oder gewaltsame Assimilierung anderer Nationen zu konsolidieren».<sup>12</sup> Erst seit kurzem hat die vergleichende Vertreibungs- und Genozidforschung die verheerende Ausstrahlung dieses Paradigmas auf Nationalisten in Osteuropa, auf dem Balkan und in Palästina herausgearbeitet. «Der Geist von Lausanne» steht nicht allein wegen des grundlegenden Vertrages von 1923, sondern auch wegen der Nationalitätenkonferenz von 1916 und der Palästina-Konferenz von 1949 für die Aporie, sich im Zeitalter der Ethnonationalismen zu gerechten Lösungen von Flüchtlings- und Minderheitenfragen durchzuringen.<sup>13</sup>

**Zum Schluß** Die Interpretation der Türkeigeschichte des 20. Jahrhundert war lange von zwei Grundtendenzen geprägt: von der nationalistisch-kemalistischen inneren und einer sich mit ihr mehr oder weniger arrangierenden liberal-machtpolitischen okzidental, die ihren Gegenstand vor den Hintergrund einer positiv bewerteten Militärallianz mit dem Westen setzte. Weder von innen noch von außen bestand Druck oder ein Anreiz, die Gründungsphase, die als eine einmalige Erfolgsgeschichte der «emergence of modern Turkey» galt, radikal zu hinterfragen und etwa den Armeniermord als zentrales Tabu der türkischen Nationalgeschichte wahrzunehmen. Auch bei der oppositionellen türkischen Linken der 1960er und 70er Jahre, die meist ebenfalls den kemalistischen Befreiungskampf verherrlichte, war dies selten der Fall.

Die Situation änderte sich mit dem Ende des Kalten Kriegs, dem internationalen Schock über die ethnonationalistische Gewalt in Ex-Jugoslawien (deren Akteure sich des Paradigmas von Lausanne entsannen) und dem definitiven Ende türkistischer Fiktionen wie derjenigen der kurdischen Inexistenz. Erst in den 1990er Jahren begann eine anhaltende türkischsprachige Artikulation alternativer Geschichtsinterpretationen, die dem Ersten Weltkrieg und den Armeniern einen hohen Stellenwert beimaß. Namen wie Taner Akçam, Hamit Bozarslan, Halil Berktaş und Müge Göçek sind in diesem Zusammenhang zu nennen. Neue Interpretationen und zahlreiche Übersetzungen ins Türkische haben in jüngster Zeit Einfluß auf die intellektuelle Öffentlichkeit ausgeübt.<sup>14</sup> Nur haben sie bislang leider noch keinen Eingang in den offiziellen Diskurs finden und zur Fundierung einer neuen, von Leugnung und Selbstrechtfertigung unbeschädigten politischen Kultur beitragen können.

1 Interview mit Orhan Pamuk, in *Das Magazin*, 5.2.2005 (Wochenendbeilage von *Tagesanzeiger* and *Basler Zeitung*).

2 Perinceks Rede in der Schweiz hat das deutlich gemacht. «Perinçek Zürich'te gözaltına alındı», *Zaman* 24.7.2005.

3 Gazi Mustafa Kemal Atatürk, *Atatürk'ün Söylev ve Demeçleri*, Ankara: Atatürk Araştırma Merkezi, 1997, Bd. II, S. 130.

4 Vgl. Kieser, Hans-Lukas, *Vorkämpfer der «neuen Türkei». Revolutionäre Bildungseliten am Genfersee (1870-1939)*, Zürich: Chronos, 2005, Kap. 6.6.

5 Baha Sait, «Türkiye'de Alevi Zümreleri», *Türk Yurdu*, September 1926 (Neuauflage Bd. 11, Ankara: Tutibay, 2001, S. 105).

6 Kara-Schemsi, *L'extermination des Turcs*, Genf 1919, S. 2.

7 *Tribune de Genève* vom 15. 2. 1919.

8 Deringil, Selim, «Lausanne als Brücke», in Schweizer, Max (Hg.), *Zwischen Ankara und Lausanne*, Zürich: Chronos, 2004, S. 71.

9 Nur, Rıza, *Hayat ve hatıratım*, Istanbul: İşaret, 1992, Bd. 2, S. 260.

10 Naimark Norman, *Fires of hatred: ethnic cleansing in twentieth-century Europe*, Cambridge: Harvard University Press, 2001, S. 54.

11 Hirsch, Ernst E., «Vom schweizerischen Gesetz zum türkischen Recht», *Zeitschrift für schweizerisches Recht* 95-3 (1976), S. 223-48, hier 229-32.

12 Mandelstam, André N., *La Société des Nations et les puissances devant le problème arménien*, Paris: A. Pedone, 1925, S. 340.

13 Vgl. Kieser, *Vorkämpfer*, Kap. 5; Kieser, Hans-Lukas, «Macro et micro histoire autour de la Conférence sur le Proche-Orient tenue à Lausanne en 1922-23», *Mémoire vive. Pages d'histoire lausannoise*, Nr. 13, 2004, S. 42-48; Kieser, Hans-Lukas, und Schaller, Dominik (Hg.), *Der Völkermord an den Armeniern und die Shoah / The Armenian Genocide and the Shoah*, Zürich: Chronos, 2002, S. 56-61.

14 Ein prägnantes Beispiel unter vielen: Die Zeitschrift *Birikim* hat eine bisher zweimal aufgelegte Doppelnummer zum Thema herausgegeben (Nr. 193-194, Mai-Juni 2005).

Ein in Deutschland längst vergessener Völkermord ist überraschend auf die Tagesordnung des Bundestags gekommen und hat für eine Verstimmung in den deutsch-türkischen Beziehungen gesorgt: Der Völkermord an den Armeniern im Osmanischen Reich.

Im Oktober 1914 beschossen türkische Kriegsschiffe unter dem Kommando eines deutschen Offiziers die russischen Häfen im Schwarzen Meer. Dies führte kurz darauf unweigerlich zur russischen Kriegserklärung an das Osmanische Reich. Armenien

war damals zwischen Rußland und dem Osmanischen Reich aufgeteilt, wobei der größere Teil sich unter türkischer Herrschaft befand. Zu den wesentlichen Kriegszielen des extrem nationalistischen Regime des jungtürkischen «Komitees für Einheit und

Fortschritt» gehörte einerseits die ethnisch-religiöse Homogenisierung Kleasiens und andererseits die Herstellung einer Verbindung zu den Turkvölkern im Kaukasus und Mittelasien.

# Die Debatte um den Völkermord an den Armeniern

aus: inamo 43, Herbst 2005  
von Toros Sakarian

Nachdem der Versuch nach Transkaukasien vorzustoßen im Winterfeldzug 1914/15 gescheitert war, leitete die osmanische Regierung im Frühjahr 1915 die Eliminierung der Armenier ein. Armenier aus allen Landesteilen des Osmanischen Reiches wurden in die Wüstengebiete Syriens deportiert. Lediglich die Armenier in Istanbul und Izmir blieben von den Deportationen weitgehend ausgenommen. In der Stadt Van leisteten die Armenier bewaffneten Widerstand, bis der Vormarsch russischer Truppen die Belagerung des Armeniertums beendeten. An der Mittelmeerküste bei Iskenderun konnten die Einwohner mehrerer armenischer Dörfer, die sich der Deportation widersetzen, durch französische Kriegsschiffe gerettet werden. In Urfa verbarrikadierten sich die Armenier ebenfalls in ihrem Wohnviertel, doch für sie gab es keine Hoffnung auf Rettung. Über 1,5 Mio. Armenier starben während der Todesmärsche, wurden vor Ort massakriert oder gingen in den Todeslagern in der Wüste zugrunde. Das politische Fundament der heutigen Türkei legten diejenigen, die für den Völkermord an den Armeniern verantwortlich waren. Mit der Vertreibung der Griechen aus Thrakien und Kleinasien setzte die kemalistische Nationalbewegung die Politik der «ethnischen Säuberung» Kleasiens fort. Durch den Lausanner Vertrag gewann die Republik Türkei 1923 eine triumphale diplomatische Anerkennung. Als internationaler Vertrag legitimierte Lausanne vor achtzig Jahren durch die Anerkennung des Prinzips von Deportationen und «Bevölkerungstransfer», (heute mit dem Unwort «ethnische Säuberungen» bezeichnet) nicht nur den Völkermord an den Armeniern. Nach dem

Sieg der Türken mußten etwa 1,5 Millionen Griechen das Land verlassen, etwa eine halbe Million Türken wurden aus Griechenland in die Türkei umgesiedelt. Eine vergleichbare Politik wurde vom Völkerbund in mehreren südosteuropäischen Staaten als adäquate Politik zur Schaffung von Nationalstaaten praktiziert.

Unter Mustafa Kemal Pascha bekleideten zahlreiche Mitglieder des «Komitees für Einheit und Fortschritt», die bei der Vernichtung der Armenier eine wichtige Rolle gespielt hatten, hohe Staatsämter. Es gibt sowohl eine weitreichende ideologische als auch administrative und personelle Kontinuität zwischen dem Regime des «Komitees für Einheit und Fortschritt» und dem kemalistischen. Der jungtürkische Nationalismus und dessen Fortsetzung, der Kemalismus, bilden bis heute die Staatsdoktrin der Türkei.

Die Geschichte des während des Ersten Weltkrieges mit deutscher Duldung und zum Teil auch mit deutscher Beteiligung verübten Völkermords an den Armeniern ist in der breiten Öffentlichkeit in Deutschland kaum bekannt. Genauso in Vergessenheit geraten ist auch der Völkermord in «Deutsch-Südwestafrika», dem zwischen 1904–1907 die Hereros zum Opfer fielen, und der als der erste Völkermord des 20. Jahrhunderts bezeichnet werden kann.

Wohl nicht zufällig stammen zwei bedeutende deutschsprachige literarische Werke, die sich mit der Vernichtung der Armeniern befassen, von jüdischen Autoren: Franz Werfel hat in seinem monumentalen Werk «Die 40 Tage des Musa Dagh» den erfolgreichen Widerstand der armenischen Bevölkerung einiger Dörfer am Berg «Musa Dagh» beschrieben. Der auf historischen Tatsachen beruhende Roman erschien kurz nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten. Bereits kurz nach seiner Veröffentlichung wurde er verboten und fiel den inszenierten Bücherverbrennungen zum Opfer. Edgar Hilsenrath hat in seinem 1989 mit dem Alfred Döblin Preis ausgezeichneten Roman «Das Märchen vom letz-

Toros Sakarian, Mitarbeiter am Armenocide Projekt von Wolfgang Gust und Vorstandsmitglied des Fördervereins Armenocide e.V.

ten Gedanken» ebenfalls einen großen literarischen Beitrag geleistet, um an den Völkermord zu erinnern. Schließlich sei auch an die Dokumentation von Ralph Giordano erinnert, die im April 1986 vom ARD ausgestrahlt wurde. Die Sendung über den Völkermord führte damals zu einer Lawine von Protesten seitens nationalistischer türkischer Kreise in Deutschland. Giordano, dessen «jüdische Abstammung» in der türkischen Presse betont wurde, erhielt zahlreiche Morddrohungen. Ein «echter Deutscher» – so wahrscheinlich die Vorstellung der türkischen Nationalisten – wäre nicht auf den Gedanken gekommen, das Schweigen über den Völkermord an den Armeniern zu brechen.

#### «Tragische Ereignisse»

##### statt Völkermord

Ausgerechnet die rot-grüne Regierung erweist sich seit Jahren als Verbündeter eines Staates, der nicht nur einen Völkermord leugnet, sondern per Strafandrohung seine Bürger dazu zwingt,

ebenfalls Völkermordleugner zu werden. Nachdem am 1. Juni das reformierte Strafrecht in Kraft getreten ist, drohen jedem Bürger der Türkei nämlich bis zu zehn Jahre Haft, wenn er behauptet, während des Ersten Weltkrieges habe ein Völkermord an den Armeniern stattgefunden. Während die türkische Regierung verkündet, sie wäre bereit, die «tragischen Ereignisse» von einer gemeinsamen türkisch-armenischen Historikerkommission untersuchen zu lassen, verbietet sie ihren eigenen Bürgern eine Meinung zu äußern, die der Leugnungspolitik widerspricht. Es erscheint deshalb sehr unwahrscheinlich, daß im Falle der Gründung einer türkisch-armenischen Historikerkommission ein türkisches Mitglied dieser Kommission von einem Völkermord an den Armeniern sprechen wird, wenn ihm dafür zehn Jahre Haft drohen.

Vom 25. bis 27. Mai 2005 sollte unter dem Titel «Osmanische Armenier während des Niedergangs des Reichs: Wissenschaftliche Verantwortung und Demo-

### Johannes Lepsius und die Akten des Auswärtigen Amtes

Der deutsche Theologe, Missionar, Politiker und Historiker Johannes Lepsius veröffentlichte mitten im Ersten Weltkrieg seinen «Bericht über die Lage des Armenischen Volkes in der Türkei», den er in einer Auflage von 20000 Exemplaren an die protestantischen Pfarrämter verteilte. Weiterhin publizierte er «Deutschland und Armenien 1914-1918. Sammlung diplomatischer Aktenstücke», Dokumente des Auswärtigen Amtes aus der Zeit des Ersten Weltkriegs, Dokumente zur Orientpolitik des Kaiserreichs sowie speziell zum Thema Armenier und Armenien. Die deutsche Regierung hatte nur wenige Monate nach Kriegsende ihre Archive den Genozid an den Armeniern betreffend geöffnet. «Kein westliches Land konnte mehr zur Aufklärung des Menschheitsverbrechens beitragen als das mit der Türkei verbündete Kaiserreich, denn deutsche Militärs waren in allen militärischen Organisationen der Türkei in Spitzenpositionen vertreten, deutsche Diplomaten hatten zum Teil engen Kontakt zu den Verantwortlichen und noch am ehesten Zutritt zu den Orten des Grauens.»

Nach dem 2. Weltkrieg entdeckten Genozidforscher, daß die von Lepsius veröffentlichten Akten nicht vollständig waren. Aus dem Vergleich der veröffentlichten Dokumente mit den Originalen des Auswärtigen Amtes konnte festgestellt werden, daß es Auslassungen und Fälschungen gegeben hatte. «Systematisch wurden wichtige Hinweise auf die Politik des Deutschen Reichs in Sachen Völkermord,

eine deutsche Mitverantwortung sowie eine Beteiligung beispielsweise deutscher Offiziere an Repressionen gegen die Armenier unterdrückt. Auch waren die Namen wichtiger türkischer Beteiligter am Völkermord in der Regel ausgelassen worden.» Das Auswärtige Amt hatte die Dokumente manipuliert und versucht, Spuren zu verwischen. Lepsius hatte nichts davon bemerkt. «Die Unterlagen der einzigen quasi-offiziellen Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes über den Ersten Weltkrieg wurden nur ein Jahr nach der Veröffentlichung der Dokumente verbrannt – ein ungewöhnlicher Vorgang in einer Behörde, die sehr behutsam mit wichtigen Schriftstücken umzugehen gewohnt ist.»

Lepsius selbst setzte sich mit all seiner Energie für das armenische Volk ein, andererseits bewunderte er auch den deutschen Kaiser und hielt ihn für einen Pazifisten. Gegen Ende des Ersten Weltkriegs rückte Lepsius die deutsche Mitschuld an dem Völkermord an den Armeniern in den Vordergrund. Es kam deshalb immer wieder über die Auswahl der Textdokumente, besonders bei präzisen Berichten deutscher Diplomaten und Augenzeugen, zum Streit zwischen dem Auswärtigen Amt und Lepsius. Wohl waren die Kopien für 'Deutschland und Armenien' vom Auswärtigen Amt verbrannt worden, aber nicht alle Kopien waren vernichtet. Denn Lepsius hatte Abschriften oder sogar Originale, die er gern veröffentlicht hätte, aber nicht veröffentlichen durfte, bei Seite gelegt. Inhaltlich handelte es

sich bei den Auslassungen um Darstellungen der Taten deutscher Staatsbürger gegen die Armenier und um rassistische oder den deutschen Weltmächtsanspruch belegende Äußerungen.

Die Manipulationen im Dokumentenwerk «Deutschland und Armenien», schreibt Wolfgang Gust, «werfen einen Schatten auf Johannes Lepsius, aber nur einen kleinen Schatten auf einen großen Mann. Einen größeren werfen sie auf die Herren in der Berliner Wilhelmstraße, dem Sitz des Auswärtigen Amtes.»

Auch die deutsche akademische Welt, vor allem die Historiker, trug zwischen den Weltkriegen und auch nach dem Zweiten Weltkrieg kaum etwas zur Wahrheitsfindung bei. «Oder sie wollten die Wahrheit nicht sehen, weil sie den geschichtlichen deutschen Sonderweg, der sich als verhängnisvoller Holzweg entpuppen sollte, bewußt mit trugen. Ihr Kulturhochmut ließ die Deutschen oft nicht erkennen, daß die Armenier auf dem Weg zu einer westlichen Zivilisation weiter waren als sie selbst – eine Blindheit, an der allerdings auch Lepsius litt.» Trotzdem war Johannes Lepsius einer der wenigen Deutschen, die sich für die verfolgte Minderheit der Armenier einsetzte.

Alle Zitate aus: Wolfgang Gust: Magisches Viereck, Johannes Lepsius, Deutschland und Armenien. www.armenocide.net. Im April 2005 veröffentlichte Wolfgang Gust 'Der Völkermord an den Armeniern 1915/16. Dokumente aus dem Archiv des deutschen Auswärtigen Amtes'. Zu Klampen Verlag, Springer 2005, 700 Seiten.

kratie» eine Konferenz stattfinden, die drei Universitäten in Istanbul organisiert hatten. Dort sollten auch Kritiker der offiziell-türkischen Sichtweise wie Taner Akcam zu Wort kommen. Einen Tag vor Beginn der dreitägigen Konferenz bezeichnete Justizminister Cemil Cicek die Konferenz als «einen Dolchstoß in den Rücken der türkischen Nation, der nur der armenischen Diaspora in die Hände arbeitet.» Nach Meinung des Ministers müsse man «diesen Verrat und die Verbreitung der Propaganda gegen die Türkei durch Menschen, die diesem Land angehören, beenden.»<sup>1</sup> Die eingeschüchterte Hochschulleitung sagte in letzter Minute die Konferenz ab, weil man befürchtete, «daß die wissenschaftliche Freiheit wegen der Vorurteile über eine Konferenz, die noch gar nicht stattgefunden hat, in Mitleidenschaft gezogen werden könnte.»

Die Erklärung des türkischen Justizministers und die anschließende Absage der Konferenz war gewissermaßen auch ein Dolchstoß für die rot-grüne Regierung. Die Abhaltung der Konferenz hätte die Einschätzung der rot-grünen Regierung bestätigen sollen, wonach die Erdogan-Regierung bereit sei, eine offene historische Aufarbeitung der Ereignisse während des Ersten Weltkriegs zuzulassen. In der Pressemitteilung von Bündnis90/Die Grünen vom 27.05.05 wurde die Absage der Konferenz als schwerer politischer Fehler bezeichnet, denn «wir haben den Vorschlag des türkischen Ministerpräsidenten und des türkischen Parlaments seinerzeit begrüßt, eine gemeinsame türkisch-armenische Kommission einzurichten, die alle Aspekte der tragischen Ereignisse von 1915–1916 untersuchen und beleuchten soll.»

Es stellt sich die Frage, warum es notwendig sein soll, eine internationale und unabhängige Kommission zu gründen, wenn unter Genozidforschern längst Einigkeit darüber besteht, daß es sich bei den «tragischen Ereignissen von 1915–16» um einen klaren Fall von Völkermord handelte: Die «Association of Genocide Scholars» hat am 13. Juni 1997 in einer Resolution eindeutig die Faktizität des Völkermordes an den Armeniern bestätigt. Am 9. Juni 2000 wurde in New York ein Appell veröffentlicht, in dem 126 Experten der Shoah, darunter Eli Wiesel, Yehuda Bauer, Israel Charney und Steven Katz, die westlichen Demokratien sowie die Türkei zur Anerkennung des «unbestreitbaren Faktums des armenischen Genozids» aufriefen.

Tatsächlich ist die türkische Regierung mit ihrer Position heute mehr denn je international isoliert und wachsendem Druck vor allem in Europa ausgesetzt, wo bereits mehrere Staaten wie Frankreich, Griechenland, Italien und Schweden den Völkermord anerkannt haben. Bereits im Juni 1987 hatte das Europaparlament in einer Resolution beklagt, «daß bis heute keine politische Verurteilung des historisch erwiesenen Völkermordes an den Armeniern und keine entsprechende Entschädigung erfolgt» sei. Sie rief damals «die Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft auf, einen Tag des Gedenkens

an die Völkermorde und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verkünden, die im Verlauf des 20. Jahrhunderts und ganz speziell gegenüber den Armeniern und den Juden begangen wurden.»

#### **Petition des Zentralrats der**

#### **Armenier in Deutschland (ZAD)**

Im November 2000 war im Fortschrittsbericht über den EU-Beitritt der Türkei die Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern erneut als Beitrittsvoraussetzung aufgeführt worden. Im Januar 2001 hatte Frankreich trotz aller Drohungen aus Ankara den Völkermord anerkannt. In Deutschland hatten der ZAD und andere Vereine im April 2000 eine Petition eingereicht, in der ebenfalls die Anerkennung gefordert wurde. Das deutsche Auswärtige Amt wurde vom zuständigen Petitionsausschuß um eine Stellungnahme gebeten. «Die türkische Seite habe auf inoffizielle Kontakte auf Ebene der Nichtregierungsorganisationen hingewiesen», ließ das Auswärtige Amt als einzige Begründung den Parlamentariern mitteilen, «wodurch erste Ansätze zur Aufarbeitung der türkisch-armenischen Vergangenheit unternommen würden. Zudem habe die türkische Seite ihrer Bitte um große Umsicht bei der Behandlung des Problems Ausdruck verliehen.» Der Petitionsausschuß begnügte sich damals mit dieser Einschätzung und legte den Antrag ad acta. So klar hatte noch nie eine Regierung die direkte Einflußnahme Ankaras auf ihre eigenen Entscheidungen dokumentiert. Und so naiv wie das deutsche war noch nie ein Außenministerium auf den Bluff der türkischen Regierung hereingefallen. Denn bei der sogenannten Nichtregierungsorganisation handelt es sich um eine im Juli 2001 auf Druck amerikanischer Türkei-Freunde in Genf gegründete Türkisch-Armenische Versöhnungs-Kommission. Deren Ziel war jedoch das genaue Gegenteil dessen, was das Auswärtige Amt vorgab, denn alle türkischen Mitglieder der Kommission waren bekannt für ihre Unnachgiebigkeit in der Anerkennungsfrage und lehnten eine historische Aufarbeitung des Völkermordes strikt ab.

#### **Antrag der PDS**

Im April 2001 hatte die PDS-Bundestagsgruppe einen Entwurf für einen interfraktionellen Antrag vorgelegt, in der die Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern im Osmanischen Reich gefordert wurde. Ferner sollte sich der Bundestag zur Mitverantwortung des Deutschen Reiches an dem Verbrechen bekennen. Doch wie nicht anders zu erwarten war, blieb der Vorstoß der PDS erfolglos. Erstaunlich ist aber, daß vier Jahre später der CDU-Abgeordnete Christoph Bergner behauptet, der CDU-/CSU-Antrag vom 21. April sei «der erste Versuch deutscher Politik, aus eigenem Antrieb zum Schicksal des armenischen Volkes Stellung zu nehmen.»<sup>2</sup>

Anfang 2005 einigten sich die Führer der beiden großen türkischen Parlamentsparteien auf eine gemeinsame Strategie und Propaganda-Offensive gegen den Völker-

mordvorwurf. Kern dieser Politik ist noch immer die alte Forderung, daß die Bewertung der Ereignisse nicht Gegenstand der Politik, sondern der Geschichtswissenschaft sein müsse. Diesen Standpunkt hatte sich bereits vor vier Jahren auch die Bundesregierung zu eigen gemacht: «Die Bundesregierung ist der Ansicht, daß die Frage der Massaker an den Armeniern 1915/16 im Wesentlichen eine historische Frage und damit Gegenstand der Geschichtswissenschaft und in erster Linie Sache der betroffenen Länder Armenien und Türkei ist.»<sup>3</sup> Nun weigert sich die Türkei seit der Unabhängigkeit Armeniens, diplomatische Beziehungen zu seinem Nachbarn aufzunehmen und hält die Grenze geschlossen. Auch die «Versöhnungskommission», deren armenische Mitglieder weder die Unterstützung der Diaspora-Armenier noch der armenischen Regierung hatten, ist längst gescheitert.

Kaum bringt aber die türkische Regierung erneut die Bildung einer türkisch-armenischen Kommission ins Spiel, schon wird dies von der Bundesregierung der Öffentlichkeit sofort als enormes Entgegenkommen Ankaras gegenüber den Armeniern dargestellt. Dabei ist es vor dem Hintergrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre offensichtlich, daß der im Vorfeld der Aufnahme der Beitrittsverhandlungen gemachte Vorschlag nur darauf abzielte, die Frage der Anerkennung des Völkermords aus dem Verhandlungsprozeß rauszuhalten.

#### **Die Debatte um den Völkermord im Zeitraum vom 21. April bis zum 16. Juni 2005**

In dem am 21. April von der CDU- /CSU-Fraktion eingebrachten Antrag geht es nicht um eine förmliche Anerkennung des Völkermords durch den Bundestag, der Begriff Völkermord wird gar nicht verwendet. Es geht den Antragsstellern lediglich darum, einen «deutschen Beitrag zur Versöhnung zwischen Türken und Armeniern» zu leisten. Doch selbst daran scheint die Türkei nicht besonders interessiert zu sein. Einen Tag vor der Bundestagsdebatte bekräftigte der türkische Botschafter Mehmet Ali İrtemcelik in einem Interview mit dem Massenblatt «Hürriyet» erneut die altbekannte Position der Türkei, wonach es nicht zu den Aufgaben von Parlamenten gehöre, ein Urteil über historische Ereignisse zu fällen. Sollte es den Initiatoren des Antrags im Bundestag «und den Organisationen, die dahinter stehen, ermöglicht werden, ihr Ziel zu erreichen, wird es nicht zu vermeiden sein, daß die Türkei und die hier lebenden knapp drei Millionen Türken aus dieser Haltung Konsequenzen ziehen», drohte der türkische Botschafter. Im Falle einer Annahme «dieses oder eines Antrags dieser Art» prophezeite İrtemcelik, würde «ungeachtet der Bemühungen von offizieller Seite, dies zu verhindern, der Schaden in den Beziehungen ein Ausmaß und eine Dimension erreichen (sic!), welcher heute nicht absehbar ist.»

Wie Bergner zugab, hatte man bei der Formulierung des Antrags bewußt, auf den Begriff «Völkermord» ver-

zichtet, denn es gehe «ausdrücklich nicht darum, die türkische Republik oder gar ihre Bevölkerung auf die Anklagebank zu setzen.» Sicher kann man die heutige türkische Bevölkerung nicht wegen des von der jungtürkischen Regierung vor neunzig Jahren verübten Völkermords auf die Anklagebank setzen. Auf die Anklagebank gehört allerdings die Republik Türkei, weil sie nicht nur den Völkermord leugnet, sondern darüber hinaus fortfährt, auch die letzten Spuren armenischer Existenz in Kleinasien systematisch zu vernichten. Bergners Parteifreund Friedbert Pflüger brachte ein weiteres Argument vor, warum man den Begriff Völkermord nicht im Antrag verwendet wollte: «Es wird die Türkei wenig beeindrucken, wenn wir hier, wie das andere Parlamente getan haben, die Entscheidung treffen, daß auch wir der Meinung sind: Das ist Völkermord.» Tatsache ist aber, daß erst durch die Anerkennung des Völkermords seitens mehrerer europäischer Staaten und Institutionen das Schweigen über das Verbrechen in der Türkei beendet wurde.

#### **Die Rot-Grüne Regierung und die türkische Völkermordleugnung**

Bei der Debatte im Bundestag wurde deutlich, daß vor allem die Vertreter der Regierungsfractionen bemüht waren, die Türkei nicht zu brüskieren. Zwar stimme seine Fraktion der Feststellung von Historikern zu, daß es sich bei den Vorgängen um Völkermord gehandelt habe, meinte der Grünenabgeordnete Kuhn, doch er warnte zugleich vor einer «falschen Zuspitzung». Es gehe vielmehr darum, in dem innertürkischen Diskussionsprozeß die «zarte Pflanze einer Erinnerungskultur zu unterstützen.» «Ich bin der Überzeugung, daß man manchmal geschichtliche Probleme auch dadurch erleichtern kann, indem man in der Gegenwart anfängt. Und deswegen möchte ich betonen, daß es sehr viel helfen würde, in der Versöhnung zwischen dem armenischen Volk und der Türkei jetzt endlich die Grenzen zu öffnen, normale diplomatische Beziehungen aufzunehmen und das jeweils ohne Vorbedingung», schlug der Parteikollege des Außenministers vor. Doch es sollte ihm eigentlich bekannt sein, daß Armenien seit der Unabhängigkeit niemals irgendwelche Vorbedingungen für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Türkei gestellt hat, auch nicht die Anerkennung des Völkermords. Die EU ist bis heute nicht in der Lage gewesen, die Türkei zur Beendigung ihrer Blockadepolitik gegenüber ihren armenischen Nachbarn zu bewegen.

Auffallend bei dieser Debatte ist, daß niemand von irgendeiner Form der Entschädigung spricht. Mit dem Völkermord fiel praktisch das gesamte Vermögen der Deportierten und Ermordeten an die türkisch-muslimische Bevölkerung, wobei sich am meisten die Mitglieder der Regierungspartei «Komitee für Einheit und Fortschritt» bereicherten. Wenn man bedenkt, daß die Armenier und Griechen die wirtschaftlich bedeutendste Bevölkerungsgruppe bildeten, dann kann man

sich vorstellen, in welchem Umfang sich vor allem die türkische Elite – aber auch die mit ihnen verbündeten kurdischen Feudalherren – in den Jahren 1915–1923 bereichert haben.

Anscheinend sind die deutschen Politiker, die für eine türkisch-armenische Versöhnung werben, der folgenden Auffassung: die Armenier sollten sich damit begnügen, daß die Türkei der Opfer der «tragischen Ereignisse von 1915–16» gedenkt und sich mit den Armeniern aussöhnt. Dies würde bedeuten, daß die jungtürkische Regierung letztlich ihr Ziel erreicht hätte: die armenische Bevölkerung Kleinasien wird vernichtet, das gesamte Eigentum der Deportierten und Ermordeten wird konfisziert. Die Nachkommen der Überlebenden erhalten keinerlei Entschädigung geschweige denn das Recht, in das Land, in dem ihre Vorfahren über 3000 Jahre gelebt haben, zurückzukehren.

Nach der Debatte vom 21. April einigten sich die Bundestagsfraktionen darauf, einen gemeinsamen Antrag zu formulieren. Die Regierungsfaktionen setzen durch, daß der Beschluß darüber erst nach dem Kanzlerbesuch in der Türkei und den Wahlen in Nordrhein-Westfalen gefällt werden sollte. Die entscheidende Frage war, ob die Vertreter von CDU/CSU, Bündnis90/Die Grünen und der SPD in dem interfraktionellen Antrag den Begriff Völkermord verwenden würden oder nicht. «Die Abgeordneten wissen genauso gut wie ich, daß es ein Genozid war. Sie sollten Herz und Verstand zusammennehmen und keine halben Schritte machen und die Dinge so benennen, wie sie waren», appellierte die armenische Botschafterin an die deutschen Parlamentarier. Wenn es hinter den Kulissen tatsächlich ein heftiges Ringen um den Text gegeben haben sollte, dann haben die Vertreter der Regierungsfaktionen diesen Ringkampf für sich entschieden.

«Erinnerung und Gedenken an die Vertreibung und Massaker an den Armeniern 1915 – Deutschland muß zur Versöhnung zwischen Türken und Armeniern beitragen» lautete die Überschrift des interfraktionellen Antrags, der fast zwei Monate nach der Debatte am 16. Juni beschlossen wurde. In den drei Seiten kommt das Wort Völkermord nicht vor. Bereits im zweiten Absatz wird «besonders das Werk von Dr. Johannes Lepsius, der energisch und wirksam für das Überleben des armenischen Volkes gekämpft hat», geehrt. Der evangelische Theologe und Publizist Lepsius hatte bereits Ende des 19. Jahrhunderts, als es unter Sultan Abdul Hamid zu Armeniermassakern gekommen war, angefangen sich für die Armenier einzusetzen. Lepsius war aber auch zugleich ein überzeugter Anhänger des deutschen Kaisers und des deutschen Imperialismus.<sup>4</sup>

«Insgesamt wird das Ausmaß der Massaker und Deportationen in der Türkei immer noch verharmlost und weitgehend bestritten», heißt es in der Begründung weiter. Eine Verharmlosung müssen sich allerdings auch die deutschen Parlamentarier vorwerfen lassen.

### Abnicken, Enttäuschung und verpaßte Gelegenheit

Die Behandlung der Armenierfrage in den vergangenen fünf Jahren hat gezeigt, daß CDU/CSU, SPD, Bündnis90/Die Grünen und die FDP aus Rücksichtnahme auf die Türkei keine klare Position bezogen haben. Vielmehr haben vor allem die Regierungsparteien einen Standpunkt vertreten, der fast identisch ist mit denen der türkischen Regierung. «Aus grundsätzlichen Erwägungen sind wir aber dagegen, einen parlamentarischen Beschluß über die förmliche Feststellung eines Völkermords an den Armeniern herbeizuführen. Unserer Meinung nach ist eine offizielle Bewertung historischer Ereignisse die Aufgabe der Geschichtswissenschaft und nicht irgendwelcher fremder Parlamente», schrieb Gernot Erler, der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, am 8. Mai 2001 an seine Fraktionskollegen und begründete damit die Ablehnung des von der PDS eingebrachten Entwurfes für die Anerkennung des Völkermord. Im Prinzip hat die SPD diese Position bis heute beibehalten. Als die CDU/CSU die Frage auf die Tagesordnung des Bundestags setzen ließ, ging es der rot-grünen Regierung im wesentlichen um Schadensbegrenzung. Es hat keinen Beschluß gegeben, in dem der Bundestag die historische Tatsache des Völkermords förmlich festgestellt hat. Und entsprechend der türkischen Forderung wird auch die Bildung einer «Historiker-Kommission» unterstützt.

Von einem «ausgewogenen und konstruktiven gemeinsamen Antrag» sprach dann auch erleichtert der stellvertretende außenpolitische Sprecher der SPD, Markus Meckel. Lob gab es am Ende auch für die CDU, denn sie habe «die Debatte nicht als Munition gegen einen türkischen EU-Beitritt benutzt», gab Stefan Reinecke in einem Kommentar in der «tageszeitung» (taz) vom 16. Juni zu. Der Regierung in Ankara war es trotzdem nicht ausgewogen genug. Erdogan konnte nicht verstehen, warum der Bundeskanzler, der sich doch bei seinem Besuch in der Türkei der türkischen Haltung in der Armenierfrage angeschlossen habe, den Bundestagsbeschluß nicht verhindert habe. Der Bundestag sei offenbar Opfer armenischer Lobbyisten geworden, meinte der von Schröder enttäuschte türkische Ministerpräsident. Daß im Antrag selbst nicht von «Völkermord» die Rede ist und der Begriff nur in der Begründung auftaucht, war für ihn anscheinend auch kein Trost.

Wenn man sich die Reaktionen der Türkei in den vergangenen Monaten anschaut, dann fällt auf, daß sie insgesamt vergleichsweise mild ausfielen. Auch in Deutschland kam es nicht zu größeren Protesten, wie es durchaus zu erwarten gewesen wäre. Die türkischen nationalistischen, faschistischen und islamistischen Vereinigungen sind in Deutschland relativ gut organisiert. Nach der Bundestagsdebatte hätten sie, falls Ankara es gewollt hätte, verstärkt in Aktion treten können. Erst am 19. Juni, also drei Tage nach der Verab-

scheidung der Resolution, fand in Berlin eine Demonstration statt. Angeblich sollten 50.000 Demonstranten kommen, doch am Ende waren es lediglich 1.500.

«Trotz dringender Eingaben vieler deutscher Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Politik und Kirchen ... unterließ es die deutsche Reichsleitung, auf ihren osmanischen Verbündeten wirksamen Druck auszuüben», heißt es in der Begründung des Antrags. Die heutige Regierung in Berlin hatte sowohl 2001 als auch in den folgenden Jahren, spätestens am 16. Juni die Möglichkeit «wirksamen Druck» auf ihren Verbündeten in Ankara

auszuüben. Sie hatte die Gelegenheit, durch eine klare Benennung und Verurteilung des Verbrechens als Völkermord «ein Stück historische Gerechtigkeit zu schaffen.»<sup>5</sup> Sie hat diese historische Chance nicht genutzt.

1 Die Zeit, 26.05.05

2 C. Bergner, Rede im Bundestag, 21.04.05

3 Antwort auf eine «Kleine Anfrage» der PDS vom 13.03.01

4 Ausführlicher dazu in: Wolfgang Gust, Der Völkermord an den Armeniern 1915/16, Springe 2005

5 Prof. Schoeps, Der Tagesspiegel, 11.05.05



Um an den Genozid im Jahr 1915 zu erinnern, begingen syrische Armenier alljährlich eine Wallfahrt ins syrische Deir ez-Zor –

einem der «Zielpunkte» der Deportationen. Die dort vor einigen Jahren errichtete große Gedenkstätte mit Museum wurde im

November 2012 – also noch vor dem Auftauchen von ISIS – beschädigt. Wer die Schäden verursacht hat und wie sie heute aussieht,

ist uns nicht gelungen herauszufinden.

# Erinnerung an die Hilfe der arabischen Beduinen

aus: inamo 80, Winter 2014  
von Katrin Adolph und Karin Pütt

Bis Oktober 1915 wurden etwa 300 000 Deportierte über Aleppo in das dünn besiedelte Gebiet zwischen Deir ez-Zor am Euphrat und Mosul am Tigris getrieben. Zwischen April und Herbst 1916 starben auf diesen «Killing Fields» im weiten Umkreis des Zusammenflusses von Euphrat und Khabur wohl zweihunderttausend Menschen: verhungert, erschossen, niedergestochen, verbrannt.

Der angestoßene Prozess der Erinnerung an eine gemeinsame Geschichte von Armeniern und Arabern, wie das Gedenken und die symbolische Verneigung von 12 arabischen Stammesführern vor den Opfern des Genozids, ist in den momentanen Kriegswirren untergegangen. Unter Armeniern wird die gegenwärtige Vertreibung der Christen und anderer religiöser Gruppen durch jihadistische Mordbanden mittlerweile in eine Reihe mit den Vertreibungen und dem Völkermord vor fast 100 Jahren gestellt.

Bis zum jetzigen Bürgerkrieg fanden jedes Jahr auf einem Hügel vor der Kapelle von Margada in der syrischen Steppe im April eine Messe zum Gedenken der Opfer statt. Die Kapelle soll zerstört worden sein. In Deir

ez-Zor selbst wurde vor einigen Jahren eine Gedenkstätte errichtet. Dorthin wurden 2005 zum ersten Mal Beduinenscheikhs eingeladen und geehrt, weil sie Tausende armenischer Kinder vor dem Tod gerettet hatten. Deir ez-Zor ist zum Synonym für die Leiden des armenischen Volkes geworden: der Ort der zynischen Verschickung ins Nichts. «Man hat die Armenier nach und nach in Trupps von einigen Hunderten abgeführt und von dazu bestellten Tscherkessenbanden abschlachten lassen,» so hatte der deutsche Konsul Hoffmann in Aleppo Augenzeugenberichte an die Botschaft in Konstantinopel weitergegeben.

**Ahmed Sultan hieß eigentlich Hagob** Bei dem zweistündigen Gottesdienst 2005 in der großen Gedenkstätte für die armenischen Märtyrer in Deir ez-Zor, die ein Museum und ein Reliquia beherbergt, finden nicht alle Menschen in der kleinen Kirche und auf dem Hof Platz. Viele Pilger, unter ihnen auch welche aus dem Libanon, müssen den Gebeten und Gesängen, die mit Lautsprechern übertragen werden, von der Straße aus folgen. Am Nachmittag finden sich zwölf Scheikhs ein, Oberhäupter arabischer Beduinenstämme, die der Patriarch empfängt – man kennt sich, begrüßt sich mehr als nur formell freundlich. In einer pathetischen Ansprache würdigt der armenische Patriarch Aram I. bei diesem Treffen die Verdienste der Araber um das armenische Volk. Viele Beduinen hatten armenische Frauen und Kinder in ihren Familien aufgenommen und so vor den

Karin Pütt, Bauhistorikerin und Grafik-Designerin, Katrin Adolph, Soziologin, Mediatorin und Autorin. Dies ist der aktualisierte Artikel der beiden Autorinnen aus inamo Nr. 43, Herbst 2005, S.19/20

türkischen Schergen gerettet. Schicksale, wie die des Armeniers Ahmed Sultan, sind keine Seltenheit.

Ahmed Sultan hieß eigentlich Hagob und war fünf Jahre alt, als er mit seiner Mutter und seinen vier älteren Geschwistern aus dem südostanatolischen Urfa vertrieben wurde. Ihre Deportation ging über die heutige syrisch-türkische Grenzstadt Tell Abiad, Ain al-Arus und das kurdische Dorf Sheraqraq, wo die Mutter an Entkräftung starb. In der Nähe des Dorfes al-Hamra, unweit der syrischen Provinzhauptstadt Raqqa, geschah Hagob, was er als seine zweite Geburt bezeichnete: Die Frau des Scheikhs der Afadle, selbst kinderlos, versteckte ihn unter ihrem weiten Rock und rettete den Jungen damit vor dem sicheren Tod. Die Familie nahm ihn als Sohn an und nannte ihn Ahmed. Inzwischen herangewachsen erfuhr er von armenischen Händlern aus Urfa von seinen Geschwistern, die in Aleppo lebten, blieb jedoch bis zum Tod seiner Stiefmutter in al-Hamra. Danach zog Ahmed-Hagob auch nach Aleppo und heiratete eine Armenierin. Zum Dank an seine Stieffamilie und den Stamm der Afadle errichtete er im Jahr 1968 in al-Hamra ein neues Gästehaus, traditionellerweise die Versammlungsstätte männlicher Beduinen und ihrer Gäste. Die Erträge seines geerbten Landes stellte er für den Unterhalt des Gästehauses zur Verfügung und auch nach Ahmed-Hagobs Tod halten die arabische und die armenische Familie Kontakt miteinander.

Von den Tausenden von Kindern, die auf ähnliche Weise in arabische Familien gekommen waren, sind viele im Laufe der zwanziger Jahre in die Städte mit armenischen Gemeinden zurückgekehrt. Aber nicht jede Stieffamilie wollte die wertvollen Arbeitskräfte missen. Viele dieser jugendlichen Armenier hatten die tägliche harte Arbeit als Sklaverei empfunden und waren froh, nach Aleppo geholt zu werden – auch durch Bemühungen des Völkerbundes. Andere Armenier blieben bei den Bauern und Nomaden der Region. Sie hatten sich eingelebt, vielleicht geheiratet und fühlten sich integriert, insbesondere wenn es keine überlebenden armenischen Verwandten an anderen Orten gab. Während der zwanziger und dreißiger Jahre war es zu einer Kooperation zwischen einem Beduinen-Scheikh und überlebenden armenischen Bauern gekommen, die gemeinsam die versumpfte Region des Euphratnebenflusses Balih in fruchtbares Ackerland verwandelten und zwei Dörfer gründeten. Junge Armenier, die bei Beduinen aufgewachsen und an das ländliche Leben gewöhnt waren, wurden bevorzugt in diese Dörfer integriert. Sie lebten dort im Rahmen ihrer armenischen Glaubensgruppe inmitten einer arabisch-muslimischen Umwelt.

#### Arabische Beduinen zu Gast in Armenien

Die armenische Community Aleppos ist gegenwärtig sehr engagiert, einen Prozess des Erinnerns an die gemeinsame armenisch-arabische Geschichte anzustoßen. Ende März 2005 waren zwölf syrische Stammesführer – einige von ihnen mittlerweile in Saudi Arabien, Jor-

danien, dem Irak und Qatar heimisch – auf Aleppiner Initiative hin Gäste der Armenischen Sozialistischen Partei (Daschnak-Partei), um an den Feierlichkeiten zum 90. Jahrestag des Genozids in Armenien teilzunehmen. Die Delegation absolvierte ein Programm gleich einem Staatsbesuch, das sie mit dem Patriarchen Karekin II. (Katholikos von Armenien) sowie mit hochrangigen Politikern und Professoren der Universität Jerewan zusammenführte.

Die Einladung der heutigen Beduinenführer war Teil der weltweiten Feierlichkeiten zum 90. Jahrestag des Genozids. Die armenischen Gemeinden ehrten zu diesem Anlass Menschen und Organisationen, die armenischen Flüchtlingen geholfen hatten.

Die Bevölkerungsgruppe der Beduinen hatte im Osmanischen Reich stets versucht, sich staatlicher Kontrolle, Besteuerung und Ansiedlungszwängen zu entziehen. Sie wurden Zeugen der Deportationen, die durch von ihnen kontrollierte Gebiete gingen. Es gibt Berichte, dass Beduinen aus dem Winkel zwischen Euphrat und Khaburfluss wegwanderten, um nicht Augenzeugen der Gemetzel zu werden. Der Stamm der Tay erzählt von einer Gruppe von Armeniern, die bei ihren Vorfahren Unterschlupf gesucht hatten, und von ihnen in sichere Gebiete auf dem Sinjar-Gebirge geleitet wurden. Soweit uns bekannt ist, wurden Armenier, denen die Flucht geglückt war, niemals von Beduinen an die Behörden ausgeliefert. Arabische Bewohner der Region scheuten sich allerdings nicht, Armeniern, die noch Geld hatten, Lebensmittel übersteuert zu verkaufen oder ihrer Kleidung zu berauben.

Aus Raqqa, am Euphrat, ist bekannt, dass Tausende von Deportierten, die dort zwangsweise Station machten, nicht wie üblich in einem Lager, sondern in den Häusern der lokalen Bevölkerung vergleichsweise gut untergebracht waren. Nachfahren der Deportierten berichteten uns, dass ihre Urgroßmütter die kleineren Kinder anwiesen, sich nachts aus den streng bewachten Lagerplätzen davonzustehlen, und beim nächsten Beduinenzelt um Aufnahme zu bitten. Diese wurde in aller Regel gewährt, denn die Verantwortung für einen Schutzbedürftigen entspricht dem traditionellen Wertekodex nomadischer Gesellschaften. Die syrische Wüstensteppe mit all den Spuren armenischen Leids, die sich dort bis heute finden, legt ein beredtes Zeugnis des Grauens ab, wie es einer der syrischen Beduinen-scheikhs beim Besuch in Armenien formulierte.

Obwohl der Völkermord an den Armeniern integraler Bestandteil syrischer Geschichte ist, hat das syrische Regime bislang den Genozid nicht als Faktum anerkannt. Selbst bei dem Staatsbesuch 2010 besuchte Baschar al-Asad nicht das Genozid Memorial in Yerevan. Dass eine quasi halb-offizielle Delegation von syrischer Seite nach Armenien reiste und sich dort symbolisch vor den Opfern des Genozids verneigt, kann als Schritt hin zu einer formellen Anerkennung verstanden werden.



Um an den Genozid im Be- zogen auf internationale Diskussionen um «Anerkennung» des Genozids an den Armeniern wird von türkischer Seite häufig gefordert, die Beurteilung der «historischen Ereignisse» Wissenschaftlern – Historikern – zu überlassen. Dieser auf den ersten Blick ein-

leuchtende Vorschlag ist aus verschiedenen Gründen fragwürdig. Zum einen werden Völkermorde nicht von Historikern geplant oder durchgeführt, sondern von Politikern, Militärs und «ganz gewöhnlichen Männern». Aufarbeitung, Verurteilung und Verhinderung von Genoziden

ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Zum zweiten entbehrt der Verweis auf die scheinbar «objektiven Wissenschaften» durch die türkische Politik nicht einer gewissen Tragikomik: Wie kaum ein zweiter zensiert und gängelt der türkische Staat die Arbeit von Forschung und Lehre, wichtige

türkische Archive sind der Forschung verschlossen, staatliche Institute werden zu nationalen Propagandazwecken funktionalisiert und verschickten Traktate zur «Aufdeckung armenischer Lügen» an Universitäten und politische Institute in aller Welt.

# Historiker in nationalen Diensten Debatte um den Genozid

aus: inamo 43, Herbst 2005  
von Corry Görgü

Eine der staatlichen Organisationen, die sich der «wissenschaftlichen Leugnung» verschrieben haben, ist das historische Institut der Türkei (*Türk Tarih Kurumu*), das 1930 auf Geheiß Atatürks gegründet wurde. Seine Aufgabe bestand zunächst in der «Erfindung» einer den politischen Erfordernissen des neugegründeten Nationalstaats entsprechende Nationalgeschichte: Die 1932 verkündete «türkische Geschichtsthese» (*Türk Tarih Tezi*), erklärte die Türken zu Ureinwohnern Anatoliens und zum ältesten Kulturvolk der Welt, um so den türkischen «Uranspruch» auf das Land zu untermauern. In jüngerer Zeit beschäftigt sich das Institut – unter dem Druck der internationalen Diskussion zur armenischen Tragödie und der seit einigen Jahren auch unter türkischen Intellektuellen geführten kritischen Debatte – vorrangig mit diesem Thema: Acht von zehn neuen Publikationen, die auf der Internetseite des TKK vorgestellt werden, haben Ereignisse während des ersten Weltkrieges und das türkisch-armenische Verhältnis zum Thema.<sup>1</sup> Eine der neusten Publikationen des TKK, die vom Direktor Yusuf Halaçoğlu und vier weiteren Historikern des Instituts erarbeitet wurde,<sup>2</sup> erhebt den Anspruch: «gestützt auf ausländische Dokumente die armenischen Behauptungen über einen Völkermord wissenschaftlich aufzuklären». Taner Akçam, der selbst osmanische und internationale Quellen zum Völkermord ausgewertet hat, unterzieht das Werk einer vernichtenden Kritik. Er weist nach, daß Quellen verfälschend übersetzt, sinnentstellend verkürzt oder in einer Weise aus dem Zusammenhang gerissen wurden, daß ihr eigentlicher Inhalt ins Gegenteil verkehrt wird.<sup>3</sup>

An der Leugnungskampagne sind nicht nur türkische sondern auch US-Wissenschaftler beteiligt. Im März

dieses Jahres erklärte der von der Oppositionspartei CHP in die Türkei eingeladenen US-Historiker Justin McCarthy in einer Rede vor Abgeordneten aller Parteien, die Forderung der EU zur Aufarbeitung der Geschichte «sei eine Erpressung». Im Tenor der hiesigen schwarzbraunen Proteste gegen die Wehrmachtsausstellung rief er die türkischen Politiker auf, sich die «Erpressung» seitens der EU nicht gefallen zu lassen, die von ihnen verlange, «ihre Vorfahren als Mörder zu bezeichnen». Auch warnte McCarthy seine Zuhörer: Wenn die Türkei den Völkermord anerkenne, würden die Armenier immense Entschädigungen und Gebietsrückgaben fordern, Behauptungen die jeder Grundlage entbehren. McCarthy ist nicht der einzige US-Historiker, der sich der türkische Sache verpflichtet sieht. Auch Bernard Lewis und Stanford Shaw gehören zu den international bekanntesten Verfechtern der Leugnung.<sup>4</sup> 1985 hatten 69 Wissenschaftler in den USA eine Erklärung gegen die Anerkennung des Völkermords unterschrieben, die als ganzseitige Anzeige in *Washington Post* und *New York Times* veröffentlicht wurde, nicht wenige der Unterzeichner hatten «Zuwendungen» türkischer Regierungsstellen für ihre jeweiligen Institute erhalten.<sup>5</sup> Ende der 90er Jahre kam es in diesem Zusammenhang in den USA zu einem «Historikerstreit»: Nachdem publik wurde, daß Prof. Heath W. Lowry, Inhaber einer von der Türkei finanzierten «Atatürk-Profsur für Türkische Studien» in Princeton, der türkischen Botschaft Gutachten zur Diskreditierung von Wissenschaftlern erstellte, welche in ihren Arbeiten den Armeniergenozid erwähnten, kam es in den USA und weltweit zu Protesten gegen die Versuche der türkischen Regierung, Einfluß auf Lehre und Forschung in den USA zu nehmen, Lehrbücher und Enzyklopädien zu zensieren, und Lehrstühle mit Türkei-konformen Wissenschaftlern zu besetzen.<sup>6</sup> In der *New York Times* vom 9. Juni 2000 erschien ein Appell «*Taking a Stand*

*Against The Turkish Government's Denial of the Armenian Genocide and Scholarly Corruption in the Academy*» von 126 Intellektuellen unterzeichnet, darunter anerkannte Holocaustforscher wie Yehuda Bauer, Christopher Browning, Helen Fein, Raul Hilberg und Steven T. Katz. Eine positive Entwicklung in diesem Sinne findet in den letzten Jahren insbesondere in der Türkei statt, wo kritische Wissenschaftler begonnen haben, die staatliche Position in Frage zu stellen und mutige Verleger eine Fülle internationaler Werke, Biographien überlebender Armenier und Dokumente ins Türkische übersetzt und verlegt haben.

- 1 [http://e-magaza.ttk.org.tr/switch.php?file=ProductList&cat\\_id=84](http://e-magaza.ttk.org.tr/switch.php?file=ProductList&cat_id=84), Publikationen, die die Französische Besetzung in Kilikien von 1918-1922 und die Sterblichkeit während der Kriegsjahre aufgrund von Seuchen behandeln, mitgezählt.
- 2 Halaçoğlu, Y. Çalik, R.; Çiçek, K.; Özdemir, H.; Turan, Ö. (Ed.): *The Armenians: Banishment and Migration*, Ankara 2004.
- 3 Taner Akçam: «Bir kitap ya da Cinayetin Anatomisi» in *Birikim* No. 191/2005, englische Version: «Anatomy of a Crime: the Turkish Historical Society's Manipulation of Archival Documents,» in: *Journal of Genocide Research* 7-2 (2005), S. 255-277.  
s.a.: Hans-Lukas Kieser: Sammelrezension: «Relocation, banishment and migration in Armenia» in: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/beitraeger/id=12482>
- 4 Lewis wurde 1995 in Frankreich wegen Leugnung des Völkermords gerichtlich verurteilt, Shaw arbeitet heute an der Bilkent-Universität und am regierungsnahen Institut für armenische Forschung (ermeniarastirma enstitüsü).
- 5 Zur türkischen Einflußnahme, speziell auch zu den Finanzierungen: Spros Vryonis Jr.: *The Turkish State and History - Clio meets the Grey Wolf*, Thessaloniki, 1991.
- 6 Zur Debatte in den USA: Israel W. Charny: *The Psychological Satisfaction of Denial of the Holocaust or Other Genocides by Non-Extremists or Bigots, and even by known Scholars*, in *IDEA*, Vol. 6, Issue 1, S. 1.20, in: <http://www.idea-journal.com/charny-denials.html>; Sowie Robert Jay Lifton/ Erik Markusen/ Roger W. Smith: *Professional Ethics and the Denial of Armenian Genocide*, in: *Holocaust and Genocide Studies*, Vol. 9, Nr. 1, spring 1995, S.1-22.



Am 7. April 2005 fand im Van Leer Institut ein internationales Symposium unter Beteiligung armenischer und israelischer Historiker statt. Unter den israelischen Historikern waren der Dekan der Holocaust-

Studien Yehuda Bauer, der Direktor des Instituts für Holocaust- und Völkermord-Studien Israel Charny, Professor Yair Auron und andere vertreten. Von armenischer Seite her nahmen Experten für den Völ-

kermord am armenischen Volk aus Frankreich, Großbritannien und Deutschland teil. Das war die erste Veranstaltung dieser Art in einer israelischen akademischen Einrichtung seit 25 Jahren. Außer diesem Tref-

fen fanden ähnliche Veranstaltungen an der Hebräischen Universität und im Hörsaal des armenischen Seminars statt.

# Die israelische Debatte über den Völkermord an den Armeniern

aus: *inamo* 43, Herbst 2005  
von George Hintlian

Im April hatten die israelischen Medien neben einigen Radio- und Fernsehberichten fast einen Monat lang ein Dutzend umfangreiche Artikel über den Völkermord an dem armenischen Volk publiziert. Stellt dies eine Ausnahme angesichts des 90. Jahrestages des Völkermords an dem armenischen Volk und des Umstands dar, daß Israel mit ähnlichen Veranstaltungen weltweit mithalten mußte? War dies angesichts der Berichte über eine Verschlechterung der israelisch-türkischen Beziehungen eine Botschaft an die Türkei? Gibt es Anzeichen, daß sich der Umgang mit dem Völkermord an dem armenischen Volk ändert? Wie bereits früher war allerdings festzustellen, daß sich die israelische Regierung bemühte, die von Beobachtern festgestellten Anzeichen einer veränderten oder verbesserten öffentlichen Dar-

stellung des Völkermords an dem armenischen Volk mit pro-türkischen Gesten auszugleichen.

Als der neue Flügel der Holocaustgedenkstätte Yad Vashem am 15. März 2005 eröffnet wurde, waren einzig Japan und Armenien nicht eingeladen. Statt dessen war die Türkei eingeladen, sie wurde vom türkischen Justizminister Cicek repräsentiert.

Nach türkischen Presseberichten drängte der israelische Außenminister Sylvan Shalom im April bei einem US-Besuch die jüdisch-amerikanischen Organisationen, ihren Einfluß geltend zu machen, um die Verwendung des Begriffs Völkermord in Präsident Bushs jährlicher Ansprache an die armenischen Amerikaner zu verhindern, wie es 241 US-amerikanische Kongreß-abgeordnete vorgeschlagen hatten.

Wie also verhält es sich mit der Geschichte der israelischen Debatte über den Völkermord an dem armenischen Volk? Worüber wird debattiert? Ist sie von Dauer? Geht es um Ideologie? Oder um politische Opportunität? Zur Klärung dieser Fragen ist ein historischer Rekurs hilfreich.

George Hintlian ist Historiker und lebt in Jerusalem. Aus dem Englischen von Margret Johannsen.

Bis 1975 war Israels Einstellung zum Völkermord an dem armenischen Volk von zwei Faktoren bestimmt: Erstens von der kollektiven Erinnerung an den 1. Weltkrieg in Palästina, als türkische Beamte der jüdischen Bevölkerung häufig damit drohten, ihnen ein ähnliches Schicksal zu bereiten wie den Armeniern, und zweitens von Franz Werfels Buch «Die vierzig Tage des Musa Dagh».

**Türkische Drohungen** In den Jahren vor 1948, als die Bevölkerung des vorstaatlichen jüdischen Gemeinwesens etwa 600.000 betrug und überwiegend aschkenasischer Herkunft war, war das Buch des jüdischen Autors aus Wien ein Bestseller und sogar Pflichtlektüre an den Gymnasien. Als ein israelischer Regisseur namens Micha Shagrir 1978 einen einstündigen Dokumentarfilm über das armenische Viertel in der Jerusalemer Altstadt machte, begannen die Dinge, sich zu ändern. Man weiß nicht, wie das türkische Außenministerium und die türkische Presse von dieser Dokumentation erfuhren. Den Zorn der Türken hatte ein fünfminütiges Interview mit einem armenischen Überlebenden des Völkermords erregt. Die türkische Regierung drohte damit, daß die Juden der Türkei zu Schaden kommen könnten, sollte der Film nicht zurückgezogen werden.

In der israelischen Presse und der Knesset war die Reaktion auf dieses Verhalten der Türkei überaus heftig, mehrere Wochen lang wurde darüber diskutiert. Man drängte darauf, daß Israel jeglichem türkischen Druck widerstehen müsse. Die Zeiten seien vorbei, in denen Staaten sich in die inneren Angelegenheiten anderer souveräner Staaten einmischen konnten.

Zur gleichen Zeit schrieb der bekannte Autor Amos Elon drei Artikel, in denen er kritisierte, daß Israel sich moralischem Druck beuge und zweierlei Maß anlege. Für ihn waren das nicht mehr als «Demonstrationen von Heuchelei, Opportunismus und der moralischen Ängstlichkeit in den Reihen der Bürokratie einer Nation, die die Welt unentwegt an unseren Holocaust erinnert, während der Holocaust anderer eine Angelegenheit ist, deren Wert einzig und allein darin besteht, sich politisch ausbeuten zu lassen.»

Israel verbot die Aufführung des Dokumentarfilms mit der Begründung, die Türkei sei maßgeblich daran beteiligt gewesen, syrische Juden über die syrisch-türkische Grenze zu schmuggeln.

Es kam zu einer größeren Krise, als zwei Professoren aus Tel Aviv, Shamaï Davidson und Israel Charny, im Juni 1982 im Hilton Hotel der Stadt die erste internationale Konferenz zu Holocaust und Völkermord unter Beteiligung von 600 Professoren, darunter 25 Armenier, organisierten. Die türkische Regierung protestierte und verlangte, die 25 Armenier auszuschließen.

Der Staat Israel zog daraufhin seine Teilnahme zurück und verhinderte, daß akademische Einrichtungen Israels, Yad Vashem eingeschlossen, an der Konferenz teilnahmen.

Die beiden Professoren hielten dem Druck stand und die Konferenz fand trotzdem statt. Doch die Teilnehmerzahl verringerte sich von 600 auf 300, es nahmen hauptsächlich Ausländer, Diasporajuden und Armenier teil. Unter denen, die ihre Teilnahme zurückzogen, war auch Elie Wiesel. Wieder nutzte man das Argument, daß die türkische Regierung dabei helfe, Juden über die Grenze zu schmuggeln, diesmal handelte es sich allerdings um iranische Juden über die iranisch-türkische Grenze. In den israelischen Medien wurde über die Konferenz, die eine Woche dauerte, nicht berichtet.

Jahrelang wurden sowohl der Holocaust als auch der Völkermord tabuisiert. Durch den Versuch, dieses kollektive Verhalten zu erklären, entstanden neue akademische Diskurse über «Opferverhalten» und «kollektive Gewalt», weil die Erfahrungen der Überlebenden für künftige Generationen ohne weiteren Verzug aufgezeichnet werden mußten.

In Boston gründete eine Gruppe armenischer Wissenschaftler das Zorian Institut, das ein gewaltiges Dokumentationsprojekt in Angriff nahm. Es sammelte Dokumente und Beweisstücke und führte mit Hunderten von Überlebenden Interviews durch. Ein ähnliches Projekt wurde in Kalifornien ins Leben gerufen. Etwa zur gleichen Zeit lancierte man die Idee des Holocaust Museums in Washington. Ein landesweiter Ausschuß wurde mit mehrheitlich jüdischen Mitgliedern, prominenten Armeniern sowie unabhängigen Mitgliedern besetzt, Präsident Carter übernahm die Schirmherrschaft des gesamten Projekts.

Als das Holocaust Museum eröffnet wurde, fand sich im gesamten Museum keine Erwähnung des Völkermords an dem armenischen Volk. Angesichts der anfänglichen Absprachen waren die Armenier tief enttäuscht.

Auf Druck der türkischen Regierung werden in Israel mehrere Dokumentarfilme über den Völkermord an dem armenischen Volk, die im Fernsehen ausgestrahlt werden sollten, im letzten Moment abgesetzt. 1986 wurde der israelischen Rundfunkanstalt ein Protestschreiben überreicht, das von 55 Autoren, Personen des öffentlichen Lebens und 25 Mitgliedern der Knesset unterzeichnet worden war, in dem das Verbot von Filmen über den Völkermord an dem armenischen Volk kritisiert wurde. In den 1980er Jahren entwickelte sich überdies eine enge Kooperation zwischen Israel und der Türkei in politischen und militärischen Angelegenheiten.

Derweil wurde der Völkermord an dem armenischen Volk international breiter diskutiert. 1984 hatte das in Paris zusammengetretene Permanente Volkstribunal (organisiert ähnlich dem Russel-Tribunal. Red.) den Völkermord anerkannt. Ihm folgte die Unterkommision für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte der Vereinten Nationen und das Europäische Parlament, das im Juni 1987 eine deutliche Resolution verabschiedete.

### Armenische Gesetzesvorlage wird zu Fall gebracht

Nachfolgend konzentrierten die Armenier ihre Bemühungen zur Anerkennung des Völkermords auf das amerikanische Repräsentantenhaus und den Senat. 1989 waren die Armenier auf dem besten Wege, eine Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses zusammenzubringen, als die israelische Botschaft in Washington die amerikanisch-jüdischen Organisationen aufforderte, ihren Einfluß gegen die armenische Gesetzesvorlage geltend zu machen. Die gemeinsame Intervention des Weißen Hauses und der jüdischen Lobby brachte die armenische Gesetzesinitiative zu Fall. Die Einzelheiten dieses Lobbyismus wurden von Karni, einem altgedienten Korrespondent der Ha'aretz, aufgedeckt. Es handelte sich um den ersten größeren aktiven Versuch auf israelischer Seite, eine armenische Gesetzesvorlage zu blockieren. Dies hatte ein Nachspiel in der israelischen Öffentlichkeit und veranlaßte einen Kolumnisten zu der Feststellung, daß die «Israelis die letzten sein sollten, die den Gedenktag eines anderen Volkes, das eine ähnliche Tragödie erlebt hat, blockieren».

In einem Artikel in Ha'aretz vom 20. Oktober 1982 mit dem Titel «Der Holocaust und die Politik» stellt Akiva Eldar fest: «Die politischen Machenschaften der israelischen Waffenhändler haben sich schon lange jeglicher Moral entledigt. Diesmal scheint es, als habe das Böse gegen die Moral obsiegt.»

Auch im Parlament wurde Kritik laut und 15 Knessetabgeordnete, angeführt von Yair Zaban, erklärten: «Der Ausschuß für Verteidigung und Auswärtige Angelegenheiten ist der Auffassung, daß die Bemühungen um den Erhalt der Erinnerung an das Massaker an dem armenischen Volk während des Ersten Weltkriegs unsere Sympathie und Unterstützung verdienen. Der Ausschuß ist der Auffassung, daß jeglicher Versuch, den Holocaust oder Massenmord an einem Volk zu vernebeln oder zu leugnen, unter allen Umständen zu unterbleiben hat. Als Teil eines Volkes, das Leid und Verfolgung kennt, fühlen wir mit dem Leid des armenischen Volkes.» US-Senator Bob Dole, der Initiator der Gesetzesvorlage und Präsidentschaftskandidat, gab am 18. Oktober 1989 öffentlich seiner Enttäuschung darüber Ausdruck, «daß die amerikanisch-jüdischen Organisationen auf diese humanitäre Initiative nicht positiv reagierten, obwohl sie selbst oder ihre Familien Opfer eines Völkermordes waren.»

### Zionismus und armenischer Völkermord

In Israel veröffentlichte Professor Yair Auron, ein politisch links stehender Wissenschaftler, ein Buch mit dem Titel «Die Banalität der Gleichgültigkeit: Zionismus und der Völkermord an dem armenischen Volk», in dem er die Einstellung des klassischen Zionismus zum Völkermord an dem armenischen Volk untersucht. Dieses Buch wurde in mehrere Sprachen übersetzt.

Im April 1984 wurde das Thema im israelischen Parla-

ment angesprochen. Der Stellvertretende Außenminister Yossi Beilin beantwortete eine Frage des Knessetmitglieds Emmanuel Zisman. In seiner Antwort schrieb Beilin, daß wir «angesichts der jüdischen historischen Erfahrung gar nicht umhin können, unserem Mitgefühl für das Leiden und das Schicksal des armenischen Volkes Ausdruck zu geben.»

Fünf Jahre später, im April 2000, wurde Beilin expliziter: «Das sollte nicht sein. Ich denke, daß unsere Einstellung zu einem derart schrecklichen historischen Ereignis nicht von unseren freundschaftlichen Beziehungen zur Türkei diktiert werden kann, obwohl ich diesen Beziehungen große Bedeutung beimesse – als jemand, der sich sehr um diese Beziehungen bemüht hat. Ich sehe auch einen Widerspruch zwischen der politischen und der ethnischen Seite. Es ist etwas geschehen, was man als Völkermord definieren muß. Eineinhalb Millionen Menschen verschwanden, und zwar nicht durch Fahrlässigkeit, sondern absichtlich. Ich denke nicht, daß die Regierung eine offizielle Entscheidung in dieser Sache treffen muß, aber wir müssen gegenüber der Türkei deutlich machen, daß wir nicht ihre politischen Forderungen, dieses historische Ereignis zu ignorieren, akzeptieren können. Eine ethische Position kann nicht von politischen Erfordernissen diktiert werden – es handelt sich hier um zwei gesonderte Ebenen.» Anfang 1993 schlug Professor Yair Auron dem Bildungsministerium vor, eine Unterrichtseinheit über den Völkermord an dem armenischen Volk in das Curriculum der Gymnasien aufzunehmen. Der Vorschlag wurde vom Ministerium akzeptiert. Am 11. November 1993 wurde die Unterrichtseinheit vorgelegt. Einige Wochen bevor sie Mitte Dezember 1994 mit dem Segen und der Unterstützung des Bildungsministeriums eingeführt werden sollte, wurde ein ausgewähltes Team von Lehrern geschult. Der Direktor des pädagogischen Sekretariats informierte das Sonderkomitee, daß der Bildungsminister die Unterrichtseinheit persönlich genehmigen müsse und daß sie bis dahin auf Eis gelegt werde. Dann behauptete ein Sonderkomitee unter Vorsitz von Michel Abitbul, daß Aurons Text einseitig sei und argumentierte, daß es eine Denkschule gäbe, wonach die Massaker eine Reaktion auf eine «Provokation» der Opfer gewesen seien.

Das Bildungsministerium teilte mit, die Unterrichtseinheit von Dr. Auron sei zwar abgelehnt, aber eine andere, bessere, werde vom Bildungsministerium gearbeitet und für den Unterrichtseinsatz im nächsten Jahr fertig sein. 1995 nahm der Minister für Einwanderungsfragen Yair Zaban auf eigenen Entschluß als staatlicher Repräsentant am armenischen Gedenktag, dem 24. April, teil. Die israelische Regierung beschrieb seine Teilnahme umgehend als Privatinitiative.

In den 90er Jahren verstärkten sich die türkisch-israelischen Beziehungen und in Bezug auf Syrien, Irak und der PKK, gab es auf höchster Ebene militärische und geheimdienstliche Zusammenarbeit.

**Unterstützung für das Leugnen** In den USA bemühte man sich im September 2000 erneut darum, den Völkermord an den Armeniern anzuerkennen. Die armenische Lobby konnte die Unterstützung von über 250 Abgeordneten und der Mehrzahl der Senatoren gewinnen. Doch die Vorlage wurde in letzter Minute durch eine Intervention von Präsident Bill Clinton bei den Sprechern beider Häuser gekippt. Ein führender türkischer Journalist namens Sadat Sertoglu teilte mit, daß drei der amerikanisch-jüdischen Organisationen, sowie ganz besonders Minister Schimon Peres, ihren Einfluß geltend gemacht hatten. Peres hatte Clinton persönlich in dieser Sache kontaktiert. Am 24. April 2000 nahm der israelische Bildungsminister Yossi Sarid an dem armenischen Gedenkgottesdienst in der St. James Kathedrale in der Altstadt von Jerusalem teil. Er nahm die Gelegenheit wahr, eine Ansprache zu halten und erklärte unter anderem feierlich, daß mit Beginn des kommenden Jahres der Völkermord an den Schulen unterrichtet werde. Wenig später beschrieb die israelische Regierung seine Aktion wiederum als private Initiative. Damit war seine Erklärung wertlos, insbesondere, nachdem seine Partei ein paar Monate später aus der Regierung ausschied.

Im Januar 2000 erkannte Frankreich den Völkermord an dem armenischen Volk offiziell an. Die Türkei zog daraufhin ihren Botschafter ab und kündigte Rüstungsgeschäfte im Werte von 2 Mrd. Dollar, die sich wenig später Israel sichern konnte. Am 10. April 2001 äußerte sich Schimon Peres, zu der Zeit Außenminister, in folgender Weise gegenüber den «Turkish Daily News»: «Wir lehnen jeglichen Versuch ab, den Holocaust und die armenischen Anschuldigungen auf eine Stufe zu stellen. Nichts ist geschehen, was vergleichbar wäre mit dem Holocaust. Es handelt sich um eine Tragödie, die den Armeniern widerfuhr, aber nicht um einen Völkermord.» Die Erklärung wurde hingenommen, es gab keinen Aufschrei der Empörung. Es gab wenig Proteste, Yair Auron, schrieb einen Artikel mit der Überschrift «Unterstützung für das Leugnen». In der armenischen Welt kam es zu heftigen Protesten und das israelische Außenministerium gab ein paar vage Erklärungen ab.

Seit beinahe drei Jahrzehnten wird der Völkermord nun in Israel diskutiert. Wie lange wird sich die «Unterstützung für das Leugnen» noch aufrechterhalten lassen?



Am 24. April 2015 jährt sich der historische Gedenktag des von Vertretern der jung-türkischen Bewegung von 1915-1916 an den Armenier/innen in Türkisch-Armenien verübten Genozids zum 100. Mal. Durch Interventionen Deutschlands, Österreich-Ungarns und

der USA hätte dieser Völkermord – ähnlich wie die zeitgleich stattfindenden, antisemitisch motivierten Deportationen in Palästina – verhindert werden können; infolge einer fortgesetzten Politik kolonialer Interessen wurde dies von den im 1. Weltkrieg mit der

Türkei verbündeten Mittelmächten jedoch nicht in Erwägung gezogen. Vor Ort erhält man nochmals einen anderen Blick auf Aghet, die große Katastrophe: Im Armenian Genocide Museum wird die Leidensgeschichte einer «geschändeten Nation» hagio-

grafisch inszeniert und der Genozid unter anderem auch zur Legitimation für den erstarkenden Nationalismus im «christlichsten Land der Welt» herangezogen.

# Das Unvorstellbare erinnern. Zum 100. Jahrestag des Genozids

aus: inamo 80, Winter 2014  
von Barbara Eder

Am 10. Oktober 1915 nimmt der deutsche Anarchist, Schriftsteller und erklärte Kriegsgegner Erich Mühsam in seinem Tagebuch zum wiederholten Mal Stellung zu den Ereignissen, die im Zusammenhang mit dem am 27. Mai 1915 durch das jungtürkische «Komitee für Einheit

und Fortschritt» erlassenen Gesetz zur Deportation der dazumal am Terrain des Osmanischen Reichs lebenden Armenier stehen. Dieses Gesetz markiert den Beginn des ersten, systematischen Genozids in der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Mühsam, der sich zu diesem Zeitpunkt in München befindet, verfolgt das Kriegsgeschehen genau und versucht anhand von stark divergierenden Berichten aus in- und ausländischen Zeitungen ein möglichst realistisches Bild der Lage zu entwerfen. In Bezug auf die Berichterstattung in der deutschen Presse konstatiert er ein kaum zu übertreffendes Maß an Selbstgefälligkeit und Heuchelei: hatte man die Ar-

Barbara Eder war von 2013-2014 an der Staatlichen Linguistischen W.-Brjussow-Universität in Jerewan, Armenien tätig. Derzeit arbeitet sie an einem Erzählband mit dem Titel «Warten auf Archen».

menier und Armenierinnen bisweilen für ihre christliche Gesinnung gelobt und sie als Projektionsfläche für die eigene Bigotterie missbraucht, so bestärke man nun den Kurs der während des Ersten Weltkriegs mit Deutschland verbündeten Türkei. Mühsam schreibt: «Ich habe mir für meine Kriegsdokumentensammlung einen Artikel der gewiss nicht deutschfeindlichen Neuen Zürcher Zeitung zurückgelegt, der beschreibt, wie unsre edlen türkischen Verbündeten hausen. Die deutsche Presse aber verhöhnt und beschimpft die Amerikaner und Engländer, die sich über die Greuel aufregen, und Graf Ernst Reventlow erklärt, wir haben kritiklos zu billigen, was die verbündete Türkei an Maßnahmen für nötig hält, um der rebellischen Gelüste der Armenier Herr zu werden. Wie oft sind deutsche Pastoren früher durchs Land gereist und haben Vorträge über die greulichen Taten der Türken gegen die Armenier gehalten und zur Solidarität der Christenheit aufgerufen gegen den religiösen Hassfanatismus der Muselmanen. Jetzt finden es die deutschen Christen ganz in der Ordnung, dass der Islam ein ganzes christliches Volk im eignen Lande zu Tode martert.»<sup>1</sup>

In Band 4 und 5 seines posthum veröffentlichten Tagebuchs prangert Mühsam die Mittäterschaft Deutschlands an den von der jungtürkischen Bewegung unter dem Kommando von Innenminister Mehmet Talaat beschlossenen Vernichtungs- und Vertreibungsakten der Armenier/innen in den Jahren 1915–1916 immer wieder an. Diese resultiere nicht allein daraus, dass der deutsche Botschafter im Osmanischen Reich, Hans von Wangenheim, nichts in seiner Möglichkeit stehendes getan hatte, um den im April des Jahres 1915 mit einer Razzia gegen die armenische Intelligentsia in Konstantinopel beginnenden Völkermord zu verhindern; geschwiegen haben zumeist auch andere, hohe Diplomaten und im türkischen Militär fest verankerte, deutsche Kolonial-Krieger, die über den Inhalt des Deportations-Gesetzes bestens informiert waren. Auch all jene Journalisten, die sich den Zensur-maßnahmen fügten und nichts von den Verbrechen des Kriegspartners berichteten, bezichtigt Mühsam der Komplizenschaft mit dem Genozid. Im Pressespiegel der Jahre 1915–1916 wird man etwa den Bericht des später im Schweizer Exil lebenden Korrespondent der Kölnischen Zeitung, Harry Sturmer, finden, der die Öffentlichkeit darüber aufklären wollte, dass es sich bei den von der jungtürkischen Bewegung lancierten ‚Maßnahmen‘ gerade nicht um militärische Operationen im Zuge des Kriegsgeschehens handelte; ähnlich klare Worte wie die von Erich Mühsam sind in der deutschen Presse dieser Zeit dennoch rar.

### **Aghet – die 'große Katastrophe' als Folge kolonialer Interessenspolitik**

Bereits bei den ersten Vertreibungen der Armenier/innen – so ist sich Mühsam bewusst – handelte es sich um Aktionen im Rahmen eines größer angelegten, ethnisch-rassistischen Vernichtungs-Plans. Im Tagebuch-Eintrag vom

22. September 1915 scheut er den Vergleich zwischen Armenier und Juden nicht, wobei er die Vernichtung der ersteren im Verhältnis zu letzteren sogar als «Kinderspiel»<sup>2</sup> für die Täter bezeichnet. Die äußerst blasierete Haltung deutscher Akteure angesichts des Genozids wurde dennoch mit dem Argument, diplomatische Etikette wahren zu müssen, verteidigt, und kulminierte im späteren Versuch, den Genozid als solchen zu leugnen. So wurde die durch den Marxisten Karl Liebknecht am 14. Januar 1916 im deutschen Parlament auch im Hinblick auf die Verhinderung künftiger Genozide eingebrachte Anfrage zur Aufarbeitung des Genozids an den Armenierinnen und Armeniern unter dem Vorwand abgetan, dass man diesen dazumal nur «neue Wohnstätten»<sup>3</sup> zugewiesen hätte. Die zynische Antwort es Reichskanzlers, die mit einem Sprechverbot für Liebknecht endete, ist für den Anarchisten Mühsam Symptom eines Parlamentarismus, der zu diesem Zeitpunkt längst ausgehöhlt ist:

«Bei der Ergänzungsfrage Liebknechts geriet das ‚hohe Haus‘ in Zorn, und der Präsident mitsamt seinem loyalen Tross von rechts bis links verhinderte jede Möglichkeit einer Kritik an der Stelle, die allein zensurimmun ist. Auf die weiteren Anfragen, ob Regierungen bereit seien, Auskunft zu erteilen über allerlei Dinge, die man sonst nicht öffentlich zu hören bekommt, so über die Vergeltungsmaßregeln in den besetzten Gebieten, über dort verhängte und exekutierte Tötungen, über die Exzesse der Organe des Belagerungszustands [...] gab es regelmäßig die schlichte Antwort: ‚Die Regierung – oder der Reichskanzler – ist nicht bereit‘, womit sich die deutsche sogenannte Volksvertretung zufrieden gab.»<sup>4</sup> Darauf, dass auf Druck deutscher Diplomaten der von den Armeniern selbst als *Aghet* (Katastrophe) bezeichnete und nach aktuellen Schätzungen 800.000 bis 1,5 Millionen Menschenleben nach sich ziehende Genozid der Jahre 1915–1916 zu verhindern gewesen wäre, belegen zwei ähnlich gelagerte Beispiele aus dem Ersten Weltkrieg: im Fall der von Jamal Pascha am 17. Dezember 1914 angeordneten Deportation der in Palästina lebenden Juden nach Ägypten intervenierten die deutschen Diplomaten Baron Wangenheim, Graf Wolff-Metternich, Graf Bernstorff sowie die Botschaftsräte von Kühlmann, Baron Neurath und von Radowitz mehrmals bei der türkischen Regierung, nachdem die Betroffenen die Entente-Presse über das Geschehen informiert hatten. Ebenso reagiert hatten diese, nachdem Jamal Pascha im März 1917 in Erwartung der Landung der Briten an der syrischen Küste die ethnische Säuberung der Juden in den Bezirken Gaza und Jaffa anordnete. Zwar gab die deutsche Regierung lediglich die Empfehlung ab, dass die ‚Räumung‘ ohne Rücksicht auf konfessionelle Zugehörigkeit durchzuführen und das genozidale Geschehen an den Armeniern nicht zu wiederholen sei; Jamal Pascha beendete die am Höhepunkt angekommenen Massaker gegen die Armenier in Syrien, Palästina und Jordanien nur, um sich dadurch die Unterstützung

durch Russland, Frankreich und Großbritannien zu sichern. Er verhinderte weitere Deportationen, um die Spaltung innerhalb des jungtürkischen Triumvirats für sich zu nutzen und bei gleichzeitigem Buhlen um die Solidarität der Entente-Mächte Zugeständnisse an Russland zu machen.

Seit dem Verlust europäischer Gebiete der Türkei während der Balkankriege fand diese auch in Österreich-Ungarn einen willkommenen Verbündeten. Dem österreichisch-ungarischen Botschafter in Konstantinopel, Markgraf Pallavicini zufolge, wäre eine Intervention gegen die andauernden Gewalttaten gegen die Armenier nur deshalb einer Erwägung wert gewesen, weil man der Entente damit ein Argument liefere, um gegen den eigenen Bündnispartner Türkei vorzugehen. Österreich-Ungarn mochte zwar mit einigen Entscheidungen der Dreibund-Allianz unter der Führung Deutschlands nicht einverstanden gewesen sein; in Bezug auf die Armenier-Politik ‚fügte‘ man sich – es sollte historisch nicht das erste Mal bleiben – jedoch den Entscheidungen des führenden Mitglieds. Im Nachhinein wurde die Mitverantwortung für den Genozid an den Armeniern seitens Österreich-Ungarns mit dem Argument einer diplomatisch notwendigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Türkei verleugnet.

Während Deutschland und Österreich-Ungarn auf Staatsebene keinen aktiven Widerstand aufbrachten und die Vergewaltigungen, Vertreibungen, Todesmärsche und Ermordungen im Zuge des Völkermordes folglich billigten, intervenierte die USA sowohl auf diplomatischer wie auf humanitärer Ebene. Der amerikanische Botschafter in Konstantinopel, Henry Morgenthau, verfasste im Mai 1915 eine Erklärung, in der er die Türken davor warnte, ein unmenschliches und juristisch zu verfolgendes Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu begehen, wenn sie die Deportationen nicht stoppen; daraufhin wurden die Briefe der amerikanischen Konsule von türkischen Autoritäten zensiert, um Morgenthau im Unwissen über das andauernde Geschehen zu halten.

Morgenthau erhielt währenddessen zahllose Besuche von verstörten Armenierinnen und Armenier, die ihm von den Verbrechen berichteten; er wandte sich an die amerikanische Regierung, die unter dem Vorwand, die eigene Neutralität beibehalten zu wollen, ihm weitere Unterstützung versagte. Daraufhin lancierte Morgenthau eine Spenden-Kampagne, an der sich vor allem US-Vertreter/innen aus christlichen Reihen beteiligten; obwohl seitens der USA auch eine militärische Intervention möglich gewesen wäre, um den Genozid zu beenden, fand diese vor allem aus Sorge um die eigene Infrastruktur auf türkischem Gebiet nicht statt. Nachdem der Befehl erteilt wurde, Trabzon und Erzurum von Christen zu säubern und allein an einem Nachmittag 10.000 Menschen ermordet wurden, klärte eine Titelsstory zum Völkermord auf dem Cover der *New York Times* die amerikanische Öffentlichkeit auf.

Die Reaktionen auf den Genozid seitens Österreich-Ungarns, Deutschlands und in abgeschwächtem Maße auch der USA sind beispielgebend dafür, dass die Wahrung kolonialer Interessen keine Humanität kennt und Profit Vorrang hat vor der Rettung von Menschenleben. Ansprüche auf das aufgrund von hervorragenden klimatischen Bedingungen und guter Bodenbeschaffenheit für die Besiedelung durch deutsche Kolonisten bestens geeignete, armenischen Hochland wurden bereits zu Beginn des 20. Jahrhundert geltend gemacht;<sup>5</sup> bei einer Sitzung der Deutsch-Türkischen Gesellschaft im Februar 1914 unterbreitete Marschall Goltz den Vorschlag, die Armenier, die in Türkisch-Armenien lebten und den dortigen Handel kontrollierten, nach Mesopotamien umzusiedeln.<sup>6</sup>

Der mit den Kolonialinteressen des Dreibunds einhergehende Anspruch auf fremdes Territorium wurde unter anderem auch durch Rückgriff auf Rassenlehren und rassistische Praktiken der Darstellung legitimiert. Um die Expansionspläne zu rechtfertigen, wurde von deutschen Orientalisten gezielt antiarmenische Propaganda betrieben: berichtet wurde von armenischen Wucherern, die Falschmünzerei betreiben und im Handel betrügen.<sup>7</sup> Bemüht wurde der Modus einer negativen Spiegelung der ‚Anderen‘ freilich auch dann, als man das erneute Auftreten antikolonial motivierter Widerstände fürchtete: so wurde der Genozid an den Armeniern von den Jungtürken unter dem Vorwand durchgeführt, dass diese zum Osmanischen Reich in keinem Loyalitätsverhältnis stünden.<sup>8</sup> Zu Beginn des 20. Jahrhunderts traten vermehrt Proteste von Kurden und Armeniern gegen die diskriminierende Steuerpolitik und die bis 1908 anhaltende Einschränkung der Bewegungsfreiheit auf die besiedelten Bezirke auf. Die Erhebung der Armenier gegen die Repressalien in Van vom April 1915 wurden so zum Anlass für das Deportationsgesetz genommen.

### Zizernakaberd und brennende Flagge – Aktuelle Gedenkpolitik in Armenien

Dass es sich bei den Ereignissen von 1915–16 um Aktionen im Rahmen eines gezielt angelegten Mordes der im Osmanischen Reich lebenden, ethnischen und religiösen Minderheit der Armenier handelt, ist unter Historikern heute eine unbestrittene Tatsache, deren Leugnung in Frankreich per Gesetz unter Strafe steht. Von der türkischen Regierung wird dies – trotz jüngerer Annäherungsversuche des sozialdemokratischen Politikers Gürbüz Çapan, der massiven Kritik an der offiziellen Haltung der Türkei zum Genozid durch Orhan Pamuk und der Solidaritätsbekundungen der «Taksim»-Aktivisten gegen Rassismus und Nationalismus im April 2010 – dennoch bestritten.<sup>9</sup>

Dies führte nicht nur dazu, dass am historischen Gedenktag des Genozids, dem 24. April 2014, zu Beginn des Marsches zum Mahnmal auf der Schwalbenfestung in Jerewan (*Zizernakaberd*) zum wiederholten Mal die

türkische Flagge verbrannt wurde; mehr als 90 Morde gehen auf das Konto von unterschiedlichen, armenischen Terror-Gruppen, die nur zu Beginn ihrer Aktivitäten Selbstjustiz in Folge der weitgehend fehlenden Verurteilungen der am Genozid Beteiligten begingen. Während Mehmet Talaat Pascha – neben den weiteren zwei Paschas Ismail Enver und Ahmed Jamal einer der Hauptverantwortlichen des Genozids – 1921 durch den später freigesprochenen Studenten Soghomon Tehlirian erschossen wurde, machten einige Akteure auf deutscher Seite während des NS-Regimes beachtliche Karrieren: der spätere Kommandant des KZs Auschwitz, Rudolf Höß, war in der Türkei als «Freiwilliger» an Deportationen beteiligt, aus Max Erwin von Scheubner-Richter wurde jener glühende Nationalsozialist, der in Erzerum gelernt hat, dass ein Völkermord die deutsche Politik keineswegs aus der Fassung bringen kann.

Während der Genozid an den Armeniern zur Zeit der sowjetischen Herrschaft unter dem Vorwand, die Freundschaft zwischen den Völkern nicht gefährden zu wollen, dethematisiert oder gar tabuisiert worden war, hat der seit 1991 unabhängige Staat Armenien heute das Monopol auf die Produktion des Genozid-Gedenk-Diskurses. Das Mahnmal von *Zizernakaberđ* wurde 1967 auf Druck der Öffentlichkeit, die vorangegangenen Verbrechen kollektiv erinnern zu wollen, errichtet und ähnelt seiner Form nach einer kubistisch-abstrakten, aber dennoch unzweideutig erkennbaren, christlichen Kirche. Neben dieser befindet sich das Gebäude des *Armenian Genocide Museum Institute*, das eine Dauer-Ausstellung zum Genozid beherbergt. Architektonisch ist dieses wie ein öffentlich begehbares Grab angelegt: die Ausstellungshalle ist mit zu Fenstern umfunktionierten Marmorsteinen in Kreuzform ausgekleidet, die als einzige Lichtquellen im Raum dienen.

Die Dauer-Ausstellung baut zu weiteren Teilen auf visuellen Quellen mit nur wenigen textlichen Hinzufügungen auf. Die verletzten und misshandelten Körper von deportierten Frauen und Kindern stehen im Mittelpunkt einer Repräsentationspolitik, die den Zentren armenischen Lebens vor dem Genozid nur in zwei Bereichen der Ausstellung den gebührender Platz beimißt. Inmitten der leinwandgroßen Fotografien findet sich zudem auch ein Bild, das nicht auf die faktische Evidenz von etwas Gewesenem verweisen will: es ist ein Filmstill aus dem im Jahr 1919 in den USA produzierten Spielfilm *Ravished Armenia*,<sup>10</sup> der auf den Erinnerungen der nach Amerika emigrierten Genozid-Überlebenden Aurora Madiganian beruht. Das dazugehörige Bild ist der letzten Einstellung des Films entnommen, in der die an Kreuzen hängenden, nackten Körper von armenischen Frauen in einer pornografisch wirkenden Nahaufnahme zu sehen sind.

Der staatliche Gedächtnis-Diskurs ist weniger an Zeitzeugen-Interviews oder verbalen Darstellungen orientiert denn an der bildlichen Ausgestaltung der Genozid-Ereignisse. Die wenigen Fälle von Zivilcourage seitens

der türkischen Bevölkerung und der Beduinen in der syrischen Wüste, die armenische Familien versteckten, zu Waisen gemachte Kinder großzogen, ihnen zur Ausreise verhalfen oder auf andere Weise Leben retteten, sind ebenso wenig Teil dieses Diskurses wie die Nachwirkungen des Genozids – heute leben mehr als eine Million Armenier in der Diaspora – und seine historische Aufarbeitung; vielmehr wird mit der favorisierten Art der Darstellung einem noch jungen Staat eine Geschichte zugrunde gelegt, der sich auch als christliches Opfer ‚islamischer Barbaren‘ zu inszenieren weiß. Vielleicht ist es darin begründet, dass in der Dauer-Ausstellung nichts vom aktiven Widerstand der Armenier/innen am *Mousa Dagħ* zu sehen ist, von dem Franz Werfel in seinem Roman «Die vierzig Tage des Musa Dagħ» von 1933 so eindrücklich berichtet hat. Vom heimlichen Stolz der Armenier darauf, dass die vormals Autonome Republik Berg-Karabach nach einem mehr als 8 Jahre andauernden Krieg heute frei von Azeris ist, ist in diesem Zusammenhang freilich ebenso wenig die Rede.

Für säkulare Erzählmuster scheint es im Rahmen der offiziellen Gedächtnispolitik einer sich als christlich-orthodox verstehenden Nation nur bedingt Raum zu geben. Die Geburts-Inszenierung (‚natio‘) dieses seit 1921 auf dem heutigen Territorium existierenden Staates ist durchwegs von hagiografischen Motiven bestimmt. Entscheidende Momente innerhalb dieses Narrativs sind jene von «Verfolgung», «Verleumdung», «Überleben», «Wiedergeburt» und «Erneuerung». Zweifellos stellt der sich auch in Form von Symbolen im öffentlichen Raum manifestierende Nationalismus eine Gegenbewegung zu dem während der Zugehörigkeit zur Sowjet-Union unterdrückten Bedürfnis nach staatlicher Eigenständigkeit dar; die Zugehörigkeit zur armenischen Nation beruht jedoch auf Indikatoren wie Blutsverwandtschaft, Ethnie und christlicher Religion. Weit entfernt davon, in einen Zustand einzutreten, in dem sich der Raum für ein Denken postkolonialer Subjektivität unter Bedingungen einer sich konstant ausweitenden, internationalen Diaspora öffnete, geht diese Form der Selbstdefinition freilich auch mit der Politik einher, die man als «reproduktive Heterosexualität»<sup>11</sup> bezeichnen kann. Was passiert, wenn man sein Recht auf ein konstitutives Außerhalb dieser Matrix geltend macht, wird mit Blick auf den Anschlag auf den kleinen Künstler-Club D.I.Y in der Jerewaner Parpetsi Straße in der Nacht auf den 8. Mai 2012 deutlich: nachdem die offen lesbisch lebende Besitzerin aus der armenischen Hauptstadt flüchten musste, hat dort eine Bar mit dem Namen «Patriot» aufgemacht.

1 Mühsam, Erich (2013): Tagebücher, Band 4. 1915, hrsg. von Conrad Piens und Chris Hirte, Berlin, S. 402.

2 op. cit., S. 388.

3 Zit. nach Mühsam, Erich (2013): Tagebücher, Band 5, Band 5. 1915–1916, hrsg. von Conrad Piens und Chris Hirte, Berlin, S. 43.

4 Ebd.

5 Vgl. Kirchhof, Alfred (1901): «Gute Aussichten für den Baumwollbau in Kleinasien», in: Asien, Heft 1/1901, S.10f.

6 Vgl. Ohandjanian, Artem (2007): «Armenien 1915: Österreichisch-Unga-

rische Botschaftsberichte beweisen das Genozid», Wien, S. 237–259, online unter <http://www.ohandjanian.com/articles/5.html>.

- 7 Vgl. Hilmar Kaiser (1998): «Imperialism, Racism, and Development Theories», Michigan, S. 47f.
- 8 Auf diesen Mythos beruft sich auch die österreichische Journalistin Barbara Denscher, die über den Völkermord aus Perspektive der Täter schreibt. Denscher spricht davon, dass die spätere Verfolgung der Armenier aus deren Sympathie für Russland resultiere, das als Schutzmacht der altorientalischen und christlichen Kirchen im Osmanischen Reich fungierte. Vor dem Hintergrund dieses Arguments erscheint der von Denscher als «Massenmord» bezeichnete Genozid zumindest teilweise gerechtfertigt, vgl. Denscher, Barbara (2004): Im Schatten des Ararat. Armenische Kontraste, Wien, S. 49.
- 9 Die offizielle Geschichtsschreibung in der Türkei geht von weitaus geringeren

Opferzahlen als den aktuellen Schätzungen aus und lehnt es ab, dabei von Genozid zu sprechen. Dieser wird gleichsam zur Folgeerscheinung einer militärisch notwendigen Umsiedelungsaktion illoyaler Bewohner von Türkisch-Armenien betrachtet. Zum dominanten Diskurs in der Türkei vgl. auch die von staatlicher Stelle herausgegebene Schriftenreihe «Die Lüge am Genozid an den Armeniern anhand armenischer Dokumente», die seit 2006 in Istanbul erscheint.

- 10 *Ravished Armenia* ist in restaurierter Fassung zu sehen unter [http://www.youtube.com/watch?v=uTnCaW-Uo\\_s](http://www.youtube.com/watch?v=uTnCaW-Uo_s)
- 11 Vgl. dazu das Interview mit dem Künstler/innen-Kollektiv *Queering Yerevan*, «In and between», in: *migrazine* 1/2014, online unter: <http://www.migrazine.at/artikel/and-between-english>



Der Wechsel geographischer Benennungen und Zuordnungen zeigt stets den Wandel politischer Bezugsgrößen und damit verbundener Sichtweisen an. Nach dem Völkermord waren die Grenzen des Armenischen Hochlandes ausradiert worden, an die Stelle von West- bzw. Türkisch-Armenien trat, auch im

Ausland, die Bezeichnung Ostanatolien. Das verbliebene Armenien wurde 70 Jahre lang Transkaukasien zugeordnet (wie Georgien und Aserbeidschan). Denn aus europäischer bzw. russischer Sicht lagen diese Länder jenseits des Kaukasus. Nach der Selbstauflösung der UdSSR setzte sich in Europa und den USA die

Regionalbezeichnung Kaukasus bzw. Südkaukasus durch, eine nur scheinbar neutrale und neue Zuordnung. Tatsächlich geht sie auf türkisch-nationalistische Vordenker an der Wende zum 20. Jahrhundert zurück, die damit den Begriff Armenisches Hochland oder den auf die russisch-eurozentristische

Perspektive verweisenden Begriff Transkaukasien ersetzen wollten. Die postsozialistische Zuordnung Armeniens zu (Süd-)Kaukasien bezieht sich also auf ein politisches Programm und weniger auf geographische, kulturelle oder historische Tatsachen.

# Mentalitäten: Armenien und die Diaspora

aus: inamo 43, Herbst 2005  
von Tessa Hofmann

Die öffentlichen Bauten, die zur Sowjetzeit zahlreich in Armenien entstanden, wirken meist eine Nummer zu groß für das kleine Land, das mit 29.743 Quadratkilometern Fläche so klein wie Brandenburg ist, das fünftgrößte Bundesland. Zur Sowjetzeit baute man mit imperialem Schwung Kinos, Kongreßhallen, Sport- und Jugendpaläste sowie Flughäfen, die heute weitgehend ungenutzt verkommen. Alles geschah damals *masshtabow*, in großem Maßstab. Vom amtlich verordneten historischen Optimismus geprägt, glaubten die Sowjetarmenier, daß es nach dem Zerfall des Imperiums in noch größeren Dimensionen weiter gehen könnte. Denn nun, so die allgemeine Erwartung, wür-

den alle wichtigen Entscheidungen über das Land nicht mehr im fernen Moskau getroffen, sondern in der armenischen Hauptstadt und von der armenischen Nationalversammlung. Ein von Generationen gehegter Wunsch schien sich zu erfüllen: Nach 500 Jahren Fremdherrschaft erlangte Armenien, wenn auch inzwischen auf ein Zehntel seines historischen Gebiets reduziert, wieder seine Eigenstaatlichkeit.<sup>1</sup> Erst allmählich erkannten seine Einwohner, daß damit ein Absturz in die Isolation und Bedeutungslosigkeit verbunden war.

Längst sind die nationalstaatlichen Blühträume postsozialistischer Depression gewichen. Armenien ist nicht wie der sagenhafte Phönix strahlend aus der Asche seiner Vernichtung auferstanden. Es wurde ohne Vorbereitung und Nachhilfeunterricht in die Weltpolitik geschleudert und muß sich in einem bestenfalls neutralen Umfeld behaupten. Von seinen unmittelbaren Nachbarn besitzt es nur zur Islamischen Republik Iran eine wirklich entspannte Beziehung, zu Georgien eine bestenfalls neutrale. Seine Beziehung zu Aserbeidschan belastet der Karabach-Konflikt, die zur Türkei außerdem der Völkermord. Beide Staaten verweigern die Aufnahme diplomatischer Beziehungen.

Um seiner geopolitischen Isolation gegenzusteuern, hat sich Armenien für die Teilnahme an allen internationa-

Dr. phil. Tessa Hofmann studierte Slawistik, Armenistik und Soziologie und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Osteuropa-Institut der FU Berlin. Sie ist Vorsitzende der Arbeitsgruppe Anerkennung – Gegen Genozid, für Völkerverständigung.

Aus: 1) Tessa Hofmann: Zwischen Ararat und Kaukasus: Porträt eines kleinen Landes in fünf Stichworten. In: Huberta von Voss (Hg.): Porträt einer Hoffnung: Die Armenier. Berlin: Hans Schiler Verlag, 2005. 2) Tessa Hofmann: Armenier in Berlin – Berlin und Armenien. Berlin: Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration, 2005. Der Schlußteil «Der Pragmatismus der hajanstanziner» ist neu für INAMO geschrieben.

len Strukturen entschieden. Es führt eine multilaterale Außenpolitik, und es hat schnell eingesehen, daß das Karabach-Problem nur langfristig gelöst werden kann. Langsam und wirkungsvoll hat es seine Glaubwürdigkeit aufgebaut und sich in internationale Organisationen eingebunden: Seit 1992 ist es Mitglied der KSZE/OSZE, seit 1995 der Vereinten Nationen, seit 2000 des Europarates. Armenien ist gegenwärtig außenpolitisch erfolgreicher als innenpolitisch, wo vieles kurzfristig und kurzfristig wirkt. Für die Außenpolitik benötigt ein Staat keinen großen Apparat. Für die Innenpolitik aber braucht er eine gesunde Basis, eine funktionierende und bürgernahe Verwaltung auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene. All dies fehlt in Armenien. Die Folge ist eine starke Entfremdung zwischen Wählern und Gewählten.

«Nur Stämme werden überleben» Die sozialen und kulturellen Errungenschaften des Sowjetregimes waren bescheiden, bildeten aber zuverlässige Größen. Kostenlose medizinische Versorgung, das Recht auf einen Arbeitsplatz und die Aussicht auf feste Löhne, niedrige Mieten und Strom sowie Telefon fast zum Nulltarif – davon können die Bürger Armeniens nur noch träumen. Sie erlebten den Übergang zur neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung als Verlust sämtlicher Sicherheiten. Die meisten haben ihre gesamten Ersparnisse verloren und mußten buchstäblich das Familiensilber verkaufen. Fast alle Fabriken und Unternehmen schlossen in der ersten Hälfte der 1990er Jahre. Dennoch wünschen sich die wenigsten Einwohner Armeniens eine Rückkehr der Sowjetherrschaft. Aber die Unvollkommenheiten der freien Marktwirtschaft und der Demokratie haben ihre Begeisterung erheblich gedämpft und eine bedenkliche Politikverdrossenheit ausgelöst. Das schon zu Zaren- und Sowjetzeiten vorhandene Mißtrauen gegenüber der Regierung ist geblieben und wird durch Korruption und Amtsmißbrauch verschärft, die heute nicht mehr von Moskaus Statthaltern ausgehen, sondern von Angehörigen der nationalen postsovjethischen Elite.

«Nur Stämme werden überleben!» Diese Einsicht galt bereits unter Zaren und Sowjets. In der armenischen Armutsgesellschaft bildet sie eine Überlebenstaktik. Ohne Einbindung in ein soziales oder tribales Beziehungsgeflecht, ohne Praktizierung des lateinischen Sinnspruchs *do, ut des*, ohne Beteiligung an Vetternwirtschaft und Beamtenbestechung und -bestechlichkeit kann sich niemand in Armenien über Wasser halten. Von allen drei Staatsgewalten ist aus diesem Grund die Exekutive die stärkste und die Legislative die schwächste Gewalt. Aber in Armenien zählen ohnehin die ungeschriebenen Gesetze mehr, als die vom Gesetzgeber verabschiedeten. Über einhundert politische Parteien und Verbände sind vereinsrechtlich registriert, von denen aber nur sieben effektiv am politischen Entscheidungsprozeß beteiligt sind. Allen ist gemeinsam,

daß ihr Programm eine weit geringere Rolle spielt als die Persönlichkeit des Gründers. Abspaltungen sind die häufigste Form der Parteigründung. Politische Opposition ist in der Regel die Umschreibung für Verteilungskämpfe innerhalb der politische Elite, oder, wie es ein armenischer Beobachter pointierte: «Die an die Macht drängenden sind noch hungrig. Die Machthaber verteidigen ihre Position mit allen Mitteln, ohne gelernt zu haben, daß es weitsichtiger ist, etwas vom Kuchen zu teilen.» Immerhin geben die Verteilungskämpfe der Bevölkerung Gelegenheit, Unzufriedenheit und Wünsche zu artikulieren – bis zum nächsten Mal.

**Ausbluten des Landes** Der Menschenrechtsbericht des *U.S. Department of State* für das Jahr 2003 geht davon aus, daß etwa 50,9 Prozent der Bevölkerung Armeniens unterhalb der Armutsgrenze leben, also weniger als zwei USD (1.160 Dram) pro Tag zu Verfügung haben, und daß 15,9 Prozent als extrem arm anzusehen seien. Das vor Ort tätige internationale christliche Hilfswerk *Diaconia* nannte im Frühjahr 2004 sogar 70 Prozent unter der Armutsgrenze lebende Einwohner. Die Durchschnittsgehälter liegen bei zwei bis drei USD (1.500 Dram) pro Tag. Wer konnte, hat das trostlose Land verlassen. Mittellose und Alte bleiben zurück. Mit bereits einem Viertel seiner Bevölkerung im Rentenalter gehört Armenien zu den am schnellsten «alternden» Staaten der Welt. Nach Angaben des Ministeriums für Soziale Sicherheit beliefen sich die Renten im Jahr 2002 durchschnittlich auf zehn bis 15 USD im Monat, das Arbeitslosengeld auf sechs USD. Jeder zweite Einwohner im erwerbsfähigen Alter ist arbeitssuchend, doch nur diejenigen, die bereits Arbeit besaßen und Versicherungsbeiträge zahlten, erhalten auch Arbeitslosengeld. Die Kosten für den offiziellen Lebensmittelkorb betragen pro Kopf und Monat 35 bis 40 USD, nach realistischen Angaben der *Internationalen Organisation für Migration* (IOM) jedoch 50 USD ohne Miete. Für diese seien bei einer vierköpfigen Familie weitere 25 bis 30 USD für eine schlecht ausgestattete Wohnung in Jerewan zu veranschlagen. Ganze Berufssparten, darunter die chronisch unterbezahlten Lehrer, aber auch das Krankenhauspersonal, leiden unter monatelangen Lohnrückständen des öffentlichen Arbeitgebers.

Jüngere Studien zur Armut in Armenien und ihren medizinischen Auswirkungen wurden von UNICEF 1998 durchgeführt und im September 2000 sowie April 2001 vom *World Food Programme* überprüft und aktualisiert. Dabei erwies sich, daß in der südöstlichen Provinz Schirak ein Viertel der Kinder Wachstumshemmungen bis hin zur Zwergwüchsigkeit aufwies und fast 17 Prozent der älteren Einwohner unterernährt waren. In der Provinz Gerarkunik waren sogar 32,4 Prozent der Kinder wachstumsgehemmt. Die Studie definiert Armut bei einem Monatseinkommen von weniger als 38 USD pro Person. Danach ergab sich, daß in den zwei oben genannten Provinzen weit mehr als die Hälfte der Bevöl-

kerung unter der Armutsgrenze lebte. In Jerewan müssen «sehr arme» und «arme» Haushalte mit fünf bis 14 USD pro Monat und Person auskommen. Darunter fallen insbesondere allein stehende Rentner/innen, frauengeführte Haushalte, Waisen, Flüchtlinge sowie Binnenflüchtlinge aus grenznahen Bezirken, Behinderte und kinderreiche Familien. Der Flüchtlingsrat und das Honorarkonsulat Norwegens stellten fest, daß es in der jüngeren Vergangenheit eine Reihe von belegten Fällen gebe, in denen Säuglinge unterernährter Mütter verhungert waren. Allerdings würden die Familien für Kinder alles Menschenmögliche tun; wegen der herrschenden Armut blieben darum in erster Linie alte Menschen, Behinderte und Kranke auf der Strecke. Insgesamt, so erbrachte die UNICEF-Erhebung aus dem Jahr 2000, seien 55 Prozent der Bevölkerung nicht in der Lage, ihre Grundnahrungsbedürfnisse zu befriedigen. Nach Angaben des Büros der Vereinten Nationen zu Armenien nimmt die Bevölkerung durchschnittlich nur 2.040 Kalorien an Nahrung pro Tag zu sich, während nach internationalem Standard die tägliche Mindestzufuhr an Energie nicht unter 2.100 Kalorien pro Tag liegen soll. Man könne, so erklärte das armenische Sozialministerium im Sommer 2002 Vertretern des Österreichischen Roten Kreuzes zynisch, durchaus ausgewanderte Armenier in ihre Heimat abschieben – die dortigen Behörden seien verpflichtet, sich um sie zu kümmern. Sei man jedoch an einem langen Leben der Betroffenen interessiert, so sollten diese in Europa bleiben.<sup>2</sup>

Die Verelendung des postsowjetischen Armenien erschütterte den einst hohen Bildungsstand des Landes. Die allgemeine Not führt viele Familien, vor allem auf dem Land, dazu, von ihren Jugendlichen den vorzeitigen Abbruch der obligatorischen zehnklassigen Schulausbildung zu verlangen. Da die Jugendlichen auf den jetzt privat bewirtschafteten Bauernhöfen mithelfen müssen, besuchen sie die Schule in den oberen Klassen oft unregelmäßig. Von 100 Jugendlichen haben 1995 nur 58 die oberen Schulklassen beendet. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums war dieser Anteil bei den im Jahr 2000 Gemusterten sogar auf 40 Prozent gesunken. Doch auch die Zahl der Schulanfänger ist stark zurückgegangen. Nach Angaben des *A. D. Sakharov Armenian Human Rights Centre* kann wegen der Armut nur jeder zweite Erstklässler am Unterricht teilnehmen. Die katastrophale Finanzlage sowie die schlechte Anpassung des Schulwesens an die neuen Lebensverhältnisse bewirkten, daß der Wissensstand der heutigen Schüler nur noch 30 bis 40 Prozent des Grundlehrstoffes umfaßt. Jeder sechste Lehrer steht schon im Rentenalter, jeder vierte besitzt kein Universitätsexamen. Mit einem Monatsgehalt von 20 bis 30 USD gehören Lehrer zu den unter der Armutsgrenze lebenden Bevölkerungsgruppen.

**Armenien und die Diaspora** Nur der kleinere Teil der bis zu neun Millionen geschätzten armenischen Weltbevölkerung wohnt in Armenien. Niemand weiß genau,

wie viele Menschen derzeit dort leben. Ein Zensus in einer Gesellschaft mit einem hohen Anteil von Migranten bereitet erhebliche Schwierigkeiten. Die erste postso-wjetische Volkszählung vom Oktober 2001 erbrachte, daß in Armenien 3.202.606 Personen *de jure*, *de facto* aber nur 3.000.807 leben,<sup>3</sup> doch gehen westliche Schätzungen von einer weit niedrigeren Einwohnerzahl von 1,8 bis 2 Mio. aus. Bis zu drei Viertel der armenischen Weltbevölkerung lebt mithin im Ausland, häufig schon von Geburt an.

Als Lehnübersetzung aus dem Griechischen besitzt das Armenische ein eigenes Wort für Diaspora: *spjurk* – die Zerstreuung, im Unterschied zu dem Begriff *aksor* (Exil, Verbannung). Vertrieben oder deportiert zu werden, ist eine Grunderfahrung armenischer Geschichte. Kriege und die Verelendung Armeniens, Fremdherrschaft sowie die Unsicherheit der Existenz bildeten weitere Ursachen für die Entstehung des *spjurkahajutun*, der armenischen Diaspora. Die Flucht aus Armenien wurde im späten 19. Jahrhundert durch die zunehmende Unterdrückung und Verfolgung der unter osmanischer Herrschaft stehenden Armenier verstärkt: Einhunderttausend flüchteten nach den Massakern der Jahre 1894 bis 1896 in den Iran oder in Balkanstaaten, vor allem nach Bulgarien. Die Überlebenden des Genozids 1915/16 verstärkten die Armeniergemeinden im Nahen Osten (Syrien, Libanon, Irak), Frankreichs sowie des Iran. Doch den größten Exodus der an Massenauswanderung und Zwangsumsiedlung reichen armenischen Geschichte löste der Niedergang der Sowjetunion aus. Den ohnehin schwierigen Übergang von der staatlichen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft erschwerten zusätzlich die durch die Vergangenheit und den Karabach-Konflikt belastete Beziehung zu den Nachbarn Türkei und Aserbeidschan, dadurch hervorgerufene Energieembargos, Transportblockaden, Arbeitslosigkeit sowie anhaltend miserable Wohn- und Lebensverhältnisse als Folge des verheerenden Erbebens von 1988.

Die aserbeidschanisch-türkische Blockade und der vollständige Zusammenbruch der armenischen Wirtschaft in der ersten Hälfte der 1990er Jahre lösten einen Massenexodus aus, der nach amtlichen Angaben in den Jahren 1992 bis 1995 450 000, nach der realistischeren Schätzung des Flüchtlingshochkommissars der UN eine Mio. Menschen umfaßte. Die Gesamtzahl derjenigen, die seit dem Zerfall der UdSSR Armenien verlassen haben, wird auf 720 000 bis 1,5 Mio. geschätzt. Zwei Drittel der Emigranten gehören zur Altersgruppe der 20- bis 44-jährigen. 90% davon suchten und fanden Arbeit in Rußland, wohin Bürger Armeniens als GUS-Angehörige nach dem Abkommen von Bischkek (1992) weiterhin visafrei einreisen können. Allerdings liegen die Arbeitsmöglichkeiten oft weit unter der beruflichen Qualifikation armenischer Migranten. Nach Schätzung der Armenisch-Apostolischen Kirche in Rußland stieg dort die Zahl der Armenier seit 1989 sprunghaft um 1,63 Mio. an. Wobei 850 000 der Neuzugereisten aus der Republik Ar-

menien stammen sollen. Ob sie dauerhaft bleiben, hängt von der allgemeinen und vor allem sozioökonomischen Entwicklung des Landes in den nächsten Jahren ab.

Heute leben vermutlich Armenier in sämtlichen Staaten der Welt und folglich unter sehr unterschiedlichen rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen. Die größte Auslandsgemeinschaft besteht seit den 1990er Jahren in der Russischen Föderation mit 2,5 Mio., davon eine Mio. im Großraum Moskau, gefolgt von den USA mit über einer Million, davon die Hälfte im Bundesstaat Kalifornien. Die größte Armeniergemeinschaft Europas mit einer halben Million Angehörigen besteht in Frankreich, zu dem Armenier seit der Kreuzfahrzeit besonders enge Beziehungen haben. Im Nahen und Mittleren Osten bilden der Iran, Syrien sowie der Libanon traditionsreiche Gemeinschaften.

### Schwerpunkt der Diasporamentalität:

#### Vertreibung und Vernichtung

Das ferne Ursprungsland, das viele Armenier nie oder nur besuchsweise, als Touristen kennengelernt haben, wird häufig verklärt. Die Beziehung zwischen Armenien und seiner Diaspora ist nicht frei von Mißverständnissen und wechselseitigen Projektionen. Zur Sowjetzeit sahen die *hajastanziner* und *spjurkahajer* (in Armenien geborene bzw. Diasporaarmenier) ineinander jeweils die Garanten des nationalen Überlebens. Während sich die Diaspora vor allem in Industriestaaten von Assimilationsgefahr und Identitätsverlust bedroht sieht, scheint nationales Überleben in der armenischen Mehrheitsgesellschaft selbstverständlich. Armenien hat sich seit der Sowjetzeit zur ethnischen homogensten aller Sowjetrepubliken entwickelt. Die wechselseitige Vertreibung von Minderheiten in Aserbeidschan und Armenien hat diese Homogenisierung noch verstärkt. Heute ist Armenien mit 97% armenischer Bevölkerung fast monoethnisch und bildet damit eine Ausnahme in der Region. Die armenische Diaspora steht dem Staat Armenien oft skeptisch gegenüber. Sie ist ungeduldig mit dem Entwicklungs- und Demokratisierungstempo des unabhängigen Landes und zeigt wenig Verständnis für die Wünsche von *hajastanziner*, in der Diaspora ein materiell und gesellschaftlich leichteres Leben zu suchen. Die *spjurkahajer* werfen Armenien vor, daß es sie nur als Melkkuh wahrnimmt. Die Hilfe der Diaspora für Armenien ist jedoch unverzichtbar und übertrifft den Staatshaushalt. Sie ist auch Ausdruck einer der eindrucksvollsten diaspora-armenischen Tugenden, nämlich der Bereitschaft und Fähigkeit zur Selbsthilfe.

Es ist dem Auslandsarmeniertum zwar gelungen, in den USA, Europa sowie in der Rußländischen Föderation überregionale Dachverbände zur Vertretung ihrer politischen, rechtlichen und soziokulturellen Interessen aufzubauen, doch fehlt noch immer eine Weltorganisation. Die Frage, was eigentlich das unter äußerst verschiedenartigen Verhältnissen lebende Armeniertum zusammenhält, ist schwer zu beantworten bzw. wird

von Armeniern unterschiedlich beantwortet. Die Armenisch-Apostolische Nationalkirche hat angesichts der besonders in westlichen Industriestaaten stark ausgeprägten Verweltlichung ihre bisherige Integrationskraft eingebüßt. Längst nicht mehr alle Diaspora-Armenier beherrschen die Sprache ihrer Vorfahren. Die Assimilationserfahrung der US-Armenier zeigt, daß der Verlust des Armenischen – auch rudimentärer Kenntnisse – in der dritten Einwanderergeneration meist vollzogen ist, noch schneller als der Verlust der religiösen Identität. Ein erheblicher Teil der Diasporaarmenier setzt daher armenische Identität mit der Erfahrung von Verfolgung, Vernichtung und Überleben gleich. Diese Deutung erscheint vielen *hajastanziner* zu einseitig und negativ. Sie erleben Armeniertum nicht allein als Schicksals-, sondern vor allem als Kulturgemeinschaft.

### Der Pragmatismus der hajastanziner

Stolz auf die alte, trotz zahlreicher und schwerster Heimsuchungen seit Anbeginn verteidigte Kultur hatte bereits die intellektuelle Elite Sowjetarmeniens, vor allem die Schriftsteller des Landes, ihren Landsleuten mit Erfolg anerkundet. An diesen Kulturpatriotismus knüpfte auch die unabhängige zweite Republik Armenien an. Wer einen Staat organisieren und eine Armee aufbauen muß kann nicht hinnehmen, daß sich die Bürger als traumatisierte Opfer empfunden. In Armenien definiert man sich lieber als Überlebende, und zwar nicht bloß einer Katastrophe. Im unerklärten Krieg in und um Berg-Karabach (Dezember 1991 bis Mitte Mai 1994) haben überdies Armenier der jüngeren Generationen gelernt, Gewalt mit Gewalt und Vertreibungen mit Vertreibung zu beantworten.

Dennoch wird die armenische Hauptstadt Jerewan von dem Genozidmahnmal überragt, das 1967 auf einem «Schwalbenburg» genannten Hügel errichtet wurde. Bis dahin bildete der Völkermord – vor allem in der Stalinzeit – ein Tabu, und es gab keinen Gedenktag und keinen öffentlichen Ort der Trauer. Erst 50 Jahre nach dem 24. April 1915 trotzte die bis dahin größte Demonstration in der sowjetischen Geschichte der Moskauer Zentralregierung die Genehmigung zum Bau des Mahnmals *Meds Jerern* («Großes Verbrechen») ab, dem ein Museum und eine Forschungseinrichtung angeschlossen wurden – eine armenische Variante von Yad Vashem. Mit der Unabhängigkeitserklärung Armeniens und vor allem der Selbstauflösung der UdSSR Ende 1991 verlagerten sich die Akzente erneut. Armenien wurde selbst für seine Außenpolitik verantwortlich, und zwar in einer geopolitisch denkbar ungünstigen Lage: Mit zwei seiner insgesamt vier direkten Nachbarn besitzt es keine diplomatischen Beziehungen; die Beziehungen zum überwiegend christlichen Nachbarn Georgien sind häufig durch die Probleme in den armenischen Siedlungsgebieten Georgiens belastet, und nur die Beziehung zum strategischen Partner Iran ist frei von Territorialstreitigkeiten und Minderheitenfragen.

Mit dem Beitritt zur KSZE Anfang 1992 erkannte Armenien die bestehenden Grenzen an. Es verzichtete auf die Annullierung des Karser Vertrages, mit dem Sowjetarmenien 1921, unter dem Diktat Moskaus, der Abtretung der Gebiete Kars und Ardahan an die Türkei zustimmen mußte. Forderungen nach Vertragsrevisionen sowie der türkischen Rückgabe ehemals armenischer Siedlungsgebiete, die in der Transformationsperiode 1986 bis 1991 der nationaldemokratischen Protestbewegung als Vorwurfs- und Forderungspotenzial gegen das Sowjetregime gedient hatten, wurden schnell der Realpolitik geopfert, zumindest von der Regierung. Die Bürger, vor allem die intellektuelle Elite, hält an der Forderung nach Anerkennung sowohl des Genozids (durch die Türkei), als auch des Selbstbestimmungsrechts von Berg-Karabach (durch Aserbaidschan) fest. Armenische Politiker balancieren darum in ihren Äußerungen zwischen diplomatischer Flexibilität und der Rücksicht auf die Gefühle dieser Elite.

Die Auseinandersetzung mit der kriminellen Vergangenheit der Türkei, so die offizielle Lesart, sei grundsätzlich notwendig und in erster Linie für die Demokratisierung der Türkei selbst unverzichtbar. Dennoch stelle sie keine Vorbedingung für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen dar. Ankara allerdings weigert sich bis heute und beteiligt sich seit 1993 an der von Aserbaidschan gegen Armenien verhängten Blockade: Die Grenze zu Armenien bleibt daher weiterhin geschlossen, die Eisenbahnlinie Kars-Gjumri verkehrt seit Jahren nicht mehr. Der trotzdem existierende armenisch-türkische Handel wird über Georgien abgewickelt. Armenien weiß, daß es die Türkei aus eigenen Kräften

nicht zur Anerkennung des Genozids zwingen kann. Es weiß ebenso, daß es im Unterschied zur Diaspora die Türken als direkte Nachbarn besitzt, und zwar in zwei Staaten. Diese Nachbarn halten die meisten *hajastanizer* für unberechenbar und auch gefährlich, solange sie den Völkermord bestreiten oder teilweise auch rechtfertigen. Aserbaidschan setzen sie dabei mit der Türkei gleich, dem erklärten Schutzstaat des kleineren transkaukasischen «Brudervolkes», – eine auch von vielen Aseris geteilte Sicht. In Armenien wünscht man sich daher, daß Dritte – Europa, die USA, die armenische Diaspora – auf die Türken einwirken mögen, um zu verhindern, daß sich die türkische Vernichtungspolitik im Transkaukasus fortsetzt. Die von der offiziellen Türkei hartnäckig verweigerte Vergangenheitsaufarbeitung hält in Armenien alte Ängste und Antipathien lebendig. Die offizielle Anerkennung des Völkermordes durch den Gesetzgeber der Türkei und die damit verbundene Distanzierung von diesem Verbrechen würde einen äußerst wichtigen Beitrag zur Entspannung und Stabilisierung in der Region bilden.

- 1 Das historische Siedlungsgebiet von 300.000 Quadratkilometern erstreckte sich vom Kleinen Kaukasus bis zum Mittellauf des Euphrat im Westen. Daran schloss das von den (Ost-)Römern als *Kleinarmenien* bezeichnete Gebiet an. Seine größte Ausdehnung als Staat erreichte Armenien im ersten vorchristlichen Jahrhundert unter seinem König Tigran II. Artaschjan (d. Große; Herrschaft 95-55 v. Chr.). Damals gehörten auch Nordsyrien und Kilikien zum armenischen Machtbereich.
- 2 Stübinger, Martin: Reisebericht Armenien 15.-21. Juli 2002. Wien: ÖRK/ACCORD, September 2002, S. 32. – Internet-Fundstelle: [http://www.ecoi.net/pub/ms86\\_acc-arm0902.pdf](http://www.ecoi.net/pub/ms86_acc-arm0902.pdf).
- 3 Viorica Vlădica: Slow Count: a year later, no results on Armenia's census. 29. Nov. 2002. [www.armeniannow.com/2002/november29/news/slowcount/](http://www.armeniannow.com/2002/november29/news/slowcount/)



Buchkritik aus: inamo 81, Frühjahr 2015

## Leben und Überleben in Zeiten des Völkermords

2015 jährt sich der Genozid an den Armeniern im Osmanischen Reich zum hundertsten Mal. Auch dieser Jahrestag wird davon bestimmt werden, dass der Genozid verschwiegen, relativiert, kleingeredet und geleugnet wird. Dies liegt weniger daran, dass die Faktenlage uneindeutig oder der Vernichtungswille der Täter nicht nachzuweisen wäre. Verschweigen und Leugnen des Genozids ist vielmehr explizite staatliche Politik der Türkei, dem de facto Nachfolgestaat des Osmanischen Reiches. Einer der verlässlichen Komplizen dieser Leugnungspolitik ist die deutsche Regierung, die bis heute den Begriff Genozid meidet. Diese Komplizenschaft ist wenig überraschend, weil das Deutsche Reich im Verbrechen des damaligen Verbündeten verwickelt war. Insofern ist das Vorgehen der deutschen Regierung nicht nur den guten Beziehungen zur Türkei geschuldet, sondern dient auch

dazu, die deutsche Beteiligung an einem weiteren Genozid wegzuwischen.

Die bisherige Leugnungspraxis prägt auch die Debatten, in denen Wissenschaftler, Politiker und Aktivisten den Genozid, seine Strukturen und Prozesse zu analysieren versuchen. Nahezu jede Publikation, die für eine breitere Leserschaft angelegt ist, benötigt etliche Seiten, um zuerst gegen die Leugnung anzureden und darzulegen, warum es sich tatsächlich um einen Genozid handelt. Vielfach kommt es zur Selbstzensur und vorweggenommene Relativierungen durch die Autorinnen und Autoren, um sich den zu erwartenden Shitstorm der Genozidleugner zu entziehen. Dies geht bis hin zu Buchtiteln wie «Völkermord oder Umsiedlung?» bei explizit linken Verlagen – ein Vorgang, das etwa bei einer Publikation über den Holocaust undenkbar wäre.

Insofern ist es sehr erfreulich, dass der Sammelband «Wege ohne Heimkehr» der Hamburger Historikerin Corry Gutstadt genau hierauf verzichtet. Der Genozid und sein Kontext werden vom Historiker Hans-Lukas Kieser in einem kurzen Beitrag skizziert. Die Massaker an Armeniern im Osmanischen Reich des 19. Jahrhunderts

tauchen ebenso auf, wie die Entwicklung der jungtürkischen Bewegung. Dabei werden auch die Kontinuitäten der jungtürkischen Gewaltpolitik sichtbar, wenn etwa die Vertreibung und Ermordung von «Griechen» in der Ägäisküste und der darauffolgende Genozid an den Armeniern zusammengestellt werden. Der überwiegende Teil der Beiträge thematisieren in sehr unterschiedlicher Weise das Leben der Armenier und Armenierinnen vor und nach dem Genozid. In gewisser Weise exemplarisch ist das groteske Märchen vom Schriftsteller Edgar Hilsenrath, worin das Schweigen der Weltöffentlichkeit, die Leugnung seitens der Türkei und die Wortlosigkeit der Überlebenden des Genozids behandelt werden. Abschließend beschäftigen sich Corry Guttstadt und Ragıp Zarakolu mit der Nicht-Aufarbeitung des Völkermords und der türkischen Leugnungspolitik, die hier glücklicherweise nicht als bloßes Produkt von übertriebenem Nationalstolz deklariert wird. Stattdessen werden die politischen und ökonomischen Gründe für die türkische Politik dargestellt und die Übergänge vom jungtürkischen Täterregime zur heutigen Türkei skizziert.

Insgesamt zeigt sich gerade in den autobiographischen Beiträgen, wie stark das Leben der Überlebenden und deren Nachfahren durch den Genozid geprägt wurden. Es scheint unmöglich zu sein, mit und über Armenier zu sprechen, ohne die Vernichtung einer ganzen Gesellschaft angemessen zu berücksichtigen. Was heißt das, angesichts dessen, dass eine solche Berücksichtigung fehlt und stattdessen nach wie vor Verschweigen und Leugnen vorherrschen? Jedenfalls ist diese Publikation ein wichtiger Beitrag um dieses Schweigen in Deutschland aufzubrechen und hoffentlich zu einem würdigen Umgang mit einem der ersten Genozide des 20. Jahrhunderts zu kommen. Der Verzicht auf eine vermeintlich «neutrale» Darstellung, in der Genozidleugner den Diskurs prägen können, ist ein besonderer Vorzug des Sammelbands.

Ismail Küpeli

*Corry Guttstadt (Hg.): Wege ohne Heimkehr. Die Armenier, der Erste Weltkrieg und die Folgen. Assoziation A, Hamburg 2014, 204 Seiten, 19,80 Euro*



Heute so gut wie vergessen fand Anfang der 1920er Jahre in Deutschland eine anhaltende Debatte über den Genozid an den Armeniern statt. Der Prozess gegen den Armenier

Soghomon Tehlirian in Berlin-Moabit im Juni 1921 wurde zum Höhepunkt dieser Auseinandersetzung mit der eigenen jüngsten Kriegsvorgeschichte. Dieser Prozess war einer der

spektakulärsten des 20. Jahrhunderts, in vielerlei Hinsicht. Nicht nur wurde er zu einem der ersten Genozidprozesse (das Konstantinopler Kriegsverbrechertribunal kurz zuvor

könnte als der erste gesehen werden), sondern der offensichtliche Mörder Talât Paschas wurde sogar freigesprochen.

# Juni 1921: Der Prozess gegen Soghomon Tehlirian

aus: inamo 81, Frühjahr 2015  
von Stefan Ihrig

Am 15. März 1921 ging Soghomon Tehlirian in der Nähe des Kurfürstendamms auf einen Passanten zu, zog seinen Revolver und schoss dem Mann aus unmittelbarer Nähe in den Hinterkopf. Die Kugel trat aus dem linken Auge wieder aus und das Opfer war sofort tot. Passanten rannten dem flüchtenden Attentäter hinterher und schlugen auf ihn ein. Schließlich rettete die Polizei Tehlirian vor der aufgebrachten Volksmenge. Er hatte noch gesagt, dass er Ausländer sei und der Ermordete

auch und dass es deshalb nicht so schlimm sei. Der Ermordete war Talât Pascha, vormals Innenminister und zuletzt Großwesir des Osmanischen Reiches. Den Deutschen war er wohlbekannt als einer, der zusammen mit Enver Pascha das Osmanische Reich während des Krieges fest an der Seite Deutschlands gehalten hatte und von dem man regelmäßig in deutschen Blättern lesen konnte. Auch in diesen Tagen im März waren die Zeitungen noch voll des Lobes für Talât Pascha und der Trauergesang in der deutschen Presse war durchweg positiv – mit Ausnahmen im linken Spektrum. Nur wenige Zeitungen waren bereit, die armenischen Hintergründe der Tat weiter zu erörtern. Die nationalistische Presse jedoch begann eine erneute anti-armenische Kampagne, die an die Debatte der vorangegangenen zwei Jahre anknüpfte.

Bereits im ersten Nachkriegsjahr, im Sommer 1919, hat-

Stefan Ihrig ist Polonsky Fellow am Van Leer Institut, Jerusalem. 2014 erschien sein Buch *Atatürk in the Nazi Imagination* (Belknap Press/Harvard University Press). Sein Buch zu Armeniergenozid und Deutschland (*Justifying Genocide – Germany and the Armenians from Bismarck to Hitler*) erscheint im Herbst 2015 (ebenfalls bei Harvard University Press).

te Johannes Lepsius, der Doyen deutscher pro-armenischer Aktivisten, im Auftrag des Auswärtigen Amtes eine Aktenedition zum Genozid an den Armeniern herausgegeben. Dieses Buch alleine hatte einen Teil der deutschen Presse nicht nur zum Diskutieren, Aufklären und Beklagen des im Kriege Vorgefallenen veranlasst, es hatte auch zu einer weiten Akzeptanz der Anklage wegen Völkermordes gegen die Jungtürken geführt. Noch lange war der Begriff «Genozid» (von Raphael Lemkin) nicht erfunden und international durchgesetzt. Aber die Zeitgenossen wussten dennoch, wovon sie sprachen, von der «Ausrottung der türkischen Armenier» (*Vossische Zeitung*).

Im Frühjahr 1921 war die Debatte abgeflacht und erregte kaum noch die Gemüter. Die Ermordung Talâts beschränkte dem Thema nur ein kleines Comeback, doch der eigentliche Prozess am 2. und 3. Juni 1921 wurde zu einer Art Medienspektakel und führte in der deutschen Presse zu einer allgemeinen Akzeptanz des Genozid-Vorwurfes gegen das jungtürkische Regime. Wie konnte es dazu kommen? Es sollte eines der zentralen Charakteristika des Prozesses sein, dass Rollen vertauscht wurden. Richter Lemberg verhielt sich von Anfang an eher wie ein Verteidiger Tehlirians und der Prozess selbst verlief,

als ob Talât Pascha und das Osmanische Reich auf der Anklagebank saßen, und eben nicht Tehlirian. Schon nach wenigen Fragen ging es direkt um Tehlirians Erlebnisse während des Völkermordes. Bis zum Ende des Prozesses war es mehr der Völkermord als der Mord im Berliner Westen, der das Gericht beschäftigte – trotz der Bemühungen des Auswärtigen Amtes, den Prozess nicht zu einem politischen Prozess werden zu lassen.

Zentral war die persönliche Geschichte des Überlebenden von Soghomon Tehlirian. Er schilderte dem Gericht, wie er deportiert wurde und wie seine Familie und er Opfer eines Massakers wurden. Er wurde am Kopf verletzt und lag tagelang bewusstlos unter Leichen, unter anderem unter der seines Bruders. So überlebte er, der zuvor gesehen hatte, wie seine Mutter und sein Bruder ermordet wurden – das Spalten des Kopfes des Bruders mit einer Axt wurde ein wichtiges Horrormotiv des Prozesses. Tehlirian schilderte auch seine Odyssee über Persien nach Europa. Er war nicht der Einzige, der vor dem Moabiter Gericht die Massaker beschrieb. Eine Bekannte des Angeklagten schilderte ihre Erlebnisse auf der Deportation aus Erzurum, und der armenische Bischoff Grigoris Balakian (dessen Memoiren vor Kurzem erschienen sind) erzählte über seine Deportation aus

Konstantinopel am 24. April (dem Beginn des Völkermordes mit der Deportation der armenischen Intelligenzija der Hauptstadt, heute das Datum des Gedenktages des Völkermordes). Der Prozess bot eindrucksvolle Massakerberichte, die die deutsche Presse schockieren und faszinieren sollten. Erst Jahrzehnte später sollte es bekannt werden, dass Tehlirian tatsächlich einer armenischen Organisation, der «Nemesis», angehörte, die es sich zum Ziel gesetzt hatte, die Urheber des Völkermordes zu finden und hinzurichten. Ferner sollte sich herausstellen, dass Tehlirian die Massaker selbst nicht miterlebt hatte, sondern seine Aussage das Ergebnis intensiven Coachings gewesen war. Dennoch war es eine authentische Geschichte, und seine Familie hatte er tatsächlich im Genozid verloren.

**Die «Planmäßigkeit» der «Vernichtungsmaßnahmen»** Ein weiterer Bericht wurde von Johannes Lepsius gegeben, der seit den 1890ern für die Armenier aktiv war und der, wie sonst niemand, ein Bewusstsein für die Gewalt an den Armeniern in Deutschland geschaffen hatte. Vor dem Moabiter Schwurgericht sprach er als Sachverständiger, sein Auftritt wurde im französischen Film «Mayrig» 1991 verewigt. Lepsius schilderte den Genozid an den Armeniern in der Gesamtschau. Bereits bei den Vernehmungen des Angeklagten und

## »DIES IST EIN WEG, VON DEM ES KEINE HEIMKEHR GIBT...«

notierte Armin T. Wegner 1915 in sein Tagebuch. Der Schriftsteller wurde Augenzeuge des Völkermordes an den Armeniern. Der Völkermord jährt 2015 zum hundertsten Mal.



Corry Guttstadt (Hg.)  
**WEGE OHNE HEIMKEHR**  
Die Armenier, der Erste Weltkrieg und die Folgen

Eine literarische Anthologie. Unter Mitarbeit von Seyda Demirdirek und Elke Hartmann

19,80 €, 204 Seiten, geb., ISBN 978-3-86241-440-6

**ASSOCIATION A**

der Zeugen war es ein zentrales Anliegen des Richters gewesen, zu erörtern, ob die «Verschickungen» zentral geplant waren und ob die deportierten Armenier wussten, wer diese angeordnet hatte. Lepsius betonte die «Planmäßigkeit» der «Vernichtungsmaßnahmen». Seine Formulierung: «Das Verschickungsziel ist das Nichts.» sollte zu einem ikonischen Satz in der öffentlichen Diskussion der folgenden Wochen werden. Lepsius schilderte, wie die Deportationen von vornherein als Vernichtung geplant und durchgeführt wurden. Er stellte dem Gericht dar, dass ihm führende Jungtürken gesagt hatten, «dass es sich darum handele, das armenische Volk zu vernichten». Was die Zeugen und Tehlirian für die lokale Ausführung des Genozids beschrieben hatten, wurde von Lepsius in den Gesamtkontext eingeordnet. Ein weiterer wichtiger Satz aus den Ausführungen von Lepsius, oft in der Presse wiedergegeben, betraf das, was mit den Überlebenden der Deportationen in den Lagern in der Wüste geschah: «Sobald die Konzentrationslager durch Zuzug überfüllt waren, wurden die Leute in die Wüste geführt und abgeschlachtet.»

Diese und andere Formulierungen in den Aussagen von Lepsius, anderen Zeugen und in der öffentlichen Diskussion machen klar, dass auch ohne den Begriff des Genozids, wie er später im internationalen Recht verankert werden sollte, die Diskussionsteilnehmer klar von einer vorsätzlichen, systematisch angelegten Vernichtung eines Volkes sprachen – und sich somit im gleichen diskursiven Konzept wie «Genozid» bewegten.

Die Ereignisse der Jahre 1915 und 1916 standen somit im Zentrum des Prozesses. Sie sollten die Motive für die Tat und den Geisteszustand des Täters beschreiben. Der Geisteszustand des Angeklagten selbst wurde zu einem weit untergeordneten Aspekt des Prozesses. Und dies, obwohl eine Reihe von medizinischen Gutachtern geladen war und dem Gericht von ihren Befunden über die «Epilepsie der Seele» berichteten – im Großen und Ganzen beschrieben sie, was wir heute als PTSD bezeichnen. Ihre Befunde waren jedoch nicht in dem Maße ausschlaggebend, wie es heute empfunden wird. Auch die Presse behandelte sie nur drittrangig. Das hat mit dem überraschenden Ausgang des Prozesses zu tun. Mit den medizinischen Gutachten hatte der erste Prozesstag sein Ende gefunden. Am zweiten schritt Richter Lemberg sofort zu den Schlussplädoyers – viele der Zeugen und Experten wurden gar nicht erst dem Gericht vorgeführt. Der Richter und die Anwälte beider Seiten waren sich einig, dass die Hintergründe bereits hinreichend erörtert worden waren. Unter den geladenen, aber nicht gehörten Experten waren auch ehemals hochrangige deutsche Militärs im Osmanischen Reich, deutsche Diplomaten und auch der Schriftsteller und pro-armenische Aktivist Armin T. Wegner. Die Verteidiger Tehlirians nutzten die ihnen zur Verfügung stehende Zeit besonders ausgiebig und bereiteten die Geschworenen auf das von ihnen zu fällende als ein

«welthistorisches» Urteil vor. Sie sprachen gegen (militaristische) «Gewaltmenschen» an sich, für das armenische Volk und von Tehlirian als einem armenischen Wilhelm Tell. Der Staatsanwalt hatte ihnen nach einem relativ kurzen und untermotivierten Plädoyer den Saal überlassen.

**«Nicht schuldig»!** Am Mittag dieses zweiten und bereits letzten Prozesstages instruierte der vorsitzende Richter die Geschworenen, sich zur Urteilsfindung zurückzuziehen. Er betonte, dass psychologische Erwägungen die Schuldminderung betreffen könnten, nicht aber die fundamentale «Frage», ob Tehlirian Talât Pascha ermordet habe und ob dies vorsätzlich geschehen sei. Nach relativ kurzer Zeit kamen die Geschworenen in den Gerichtssaal zurück und verkündeten, dass sie Tehlirian für Nicht schuldig befunden hatten. Das war alles, was sie dem Gericht mitteilten. Eine Begründung ihres Beschlusses gab es nicht. Seit diesem Junimittag in Berlin hält sich jedoch die Legende, dass Tehlirian vom Gericht für unzurechnungsfähig erklärt worden wäre. Dies lässt sich aber aus den Akten nicht ableiten. Er wurde freigesprochen, und es liegt auf der Hand, schaut man sich den Prozessverlauf an, dass er aus politischen Gründen freigesprochen wurde und dass die Geschworenen Talât Pascha als den eigentlich Schuldigen ansahen.

Tehlirian wurde unmittelbar auf freien Fuß gesetzt und stürmisch im Gerichtssaal gefeiert. Die deutsche Presse hatte den Prozess genauestens verfolgt. In den Mittags- und Abendausgaben der großen deutschen Zeitungen dieser Tage finden sich ausführliche Prozessberichte. Das Urteil überraschte sie jedoch; vielen Zeitungen fehlten erst einmal die Worte. Sie begnügten sich, ihre Artikel am gleichen Tage mit der Benennung des Ausgangs – Freispruch – abzubereiten, oft äußerst abrupt. In den folgenden Wochen und Monaten allerdings sollte die Debatte weitergehen. Und genau wie im Prozess selbst ging es weniger um Tehlirian als um den Vorwurf des Völkermordes – in solchen Begriffen wie «Vernichtung» oder «Ausrottung eines Volkes» – gegen das vormals verbündete Regime. Und während anfangs der Schock über den Ausgang des Prozesses überwog, stellte sich allmählich das Entsetzen ein über das, was 1915/16 passiert war. Der Prozess und die folgende öffentliche Debatte führten dazu, dass die Mehrheit der deutschen Zeitungen den Vorwurf des Völkermordes gegen die Jungtürken als gerechtfertigt ansah. Sogar die rechte Presse gestand dies nun ein. Ein Teil des rechten Spektrums allerdings diskutierte in den folgenden Wochen weiter und propagierte Rechtfertigungen für die Vernichtung des armenischen Volkes während des Weltkrieges. Diese Form der Geschichtsaufarbeitung setzte denkbar schlechte Zeichen für den weiteren Verlauf der deutschen Geschichte...

Bis Oktober 1915 wurden etwa 300 000 Armenier über die syrische Stadt Aleppo in das dünn besiedelte Gebiet zwischen Deir ez-Zor am Euphrat und Mosul am Tigris getrieben. Im Frühjahr 1916 kam es zu organisierten Massentö-

tungen. In inamo 43/2005 erinnern wir anlässlich des 90. Jahrestages des Genozids an den Armeniern an die Rolle der arabischen Beduinen. Die armenische Gemeinde in Syrien, vor allem in Aleppo, ist sehr engagiert, einen

Prozeß des Erinnerns an die gemeinsame armenisch-arabische Geschichte anzustoßen. Vor allem die arabischen Quellen zu diesem Thema sind bislang so gut wie gar nicht erforscht, bzw. in editierter Form zugänglich.

Der syrische Historiker Abdallah Hanna hat nun erstmalig einige dieser Quellen, die teilweise aus seinen eigenen Forschungsnotizen stammen, aus dem Arabischen zugänglich gemacht und aufbereitet.

# Armenische Flüchtlinge in Syrien 1894–1939

aus: inamo 49, Herbst 2007  
von Abdallah Hanna

In Aleppo stationierte Reservisten der osmanischen Armee rückten am 20. Oktober 1894 nach Gaziantep vor. Aufgrund der wachsenden Zahl der aus dem Gebiet von Marash nach Aleppo geflüchteten Armenier kam es zu Spannungen in der Stadt, die einige reaktionäre Kräfte dazu nutzen wollten – von Husain Pascha, dem Wali (Gouverneur) von Aleppo, ermuntert – die in die christlichen Vierteln Aleppos geflüchteten Armenier anzugreifen. Die muslimischen Würdenträger von Aleppo aber geboten dem Wali Einhalt und machten unmißverständlich klar, «daß die Christen in unserem Schutz stehen. Wir sind bereit, unsere Häuser zu öffnen und ihnen Zuflucht zu gewähren, damit sie keinen Schaden erleiden». Noch im selben Jahr wurde Husain Pascha abgesetzt und ein neuer Wali ernannt. Als es zu Kämpfen «zwischen den Soldaten der osmanischen Armee und den Armeniern kam, was die Lage in der Stadt verschärfte, rief der neue Wali am 3. Januar 1896 die Notabeln und die Scheichs der muslimischen Quartiere zur Beratung ein. Der Mufti von Aleppo erklärte in seiner Predigt, «daß der heilige Koran es verbiete, die Christen, als Untertanen eines islamischen Reiches und Nachbarn der Muslime anzugreifen, solange sie friedfertig und darauf bedacht sind, die Gesetze des Staates zu wahren.»<sup>1</sup>

«Das Jahr der Armenier», 1915 Als ich im Jahr 1984 meine Feldstudie über die Geschichte der Bauernbewegung durchführte und die Bauern des Euphratgebiets selbst ihre eigene Geschichte erzählen ließ, fiel mir auf, daß die älteren Bauern öfter den Begriff «Das Jahr der Armenier» verwendeten. Gemeint war das Jahr 1915. Die alten Leute, meist arabische Sunniten, sprachen

voller Mitgefühl von der Tragödie der Armenier, deren letzte Phase sie miterlebt hatten. Sie erzählten, wie die Bevölkerung im Euphratgebiet die Armenier – Frauen, Kinder und Alte – empfangen und ihnen in deren Not, so gut sie konnten, halfen. Vielen Mädchen und jungen Witwen blieb nichts anderes übrig als die Männer, die sie aufgenommen hatten, zu heiraten. Auf diese Weise wuchs im Euphratgebiet gegen Mitte des 20. Jahrhunderts eine Generation junger Leute auf, die armenische Mütter hatten. Yasin al-Hafez, ein Wissenschaftler aus Deir ez-Zor, erinnert sich, wie stolz seine Großmutter mütterlicherseits, die bei ihrer armenischen Tochter Umm Yasin in Deir ez-Zor lebte, darauf war, eine Armenierin zu sein. Es gibt bis heute darüber keine historische Arbeit.

1864 waren ungefähr 5000 tschetschenische Familien gezwungen worden, ihr Land zu verlassen und in der Nähe des Euphrat, in der al-Jazira am Ufer des Khabur-Flusses, zu siedeln. 1915 wurden die jungen Männer dieser Familien eingezogen und beauftragt, die Armenier in die am Euphrat und Khabur liegenden Dörfer zu treiben. «Die von Hunger und Erschöpfung gelichteten Reihen der Armenier wurden überdies vom Typhus dezimiert, aber auch die tschetschenischen Soldaten wurden angesteckt und viele von ihnen starben.» Dies hielt der Agraringenieur Ahmad Wasfi Zakariya 1915 in seinem Buch «Die Stämme in Bilad ash-Sham» fest.<sup>2</sup>

## Ein Augenzeuge liefert eine detaillierte Schilderung der Massaker

Der Rechtsanwalt Fayez al-Ghasin, Mitglied der al-Jam'iyya al-Arabiyya al-Fatat, wurde im Juli 1915 aufgrund seiner pro-arabischen, nationalistischen Aktivitäten von Damaskus nach Diyarbakir verbannt. Er flüchtete und trat in Basra in die britischen Armee ein, die gegen die osmanischen Truppen kämpfte. Al-Ghasin erfuhr die Einzelheiten des Genozids an den Armeniern «von Offizieren und Ärzten und den Einwohnern, die das Gemetzel mit eigenen Augen gesehen haben». Darüber hinaus

Abdallah Hanna, Historiker, Damaskus. Aus dem Arabischen von Magda Barakat.

notierte er das, was er unterwegs gesehen hatte, als er nach Diyarbakir gebracht wurde und kurze Zeit später von dort flüchtete. 1939 veröffentlichte er in Damaskus seine Memoiren, die viele Details dieser Tragödie enthalten.<sup>3</sup>

«Unterwegs sahen wir ständig armenische Frauen, Kinder und Alte, die wie Vieh von Gendarmen getrieben wurden. Auf beiden Seiten der Straße lagen Leichen. [...] Wir gingen weiter zwischen den Toten, bis wir Diyarbakir erreichten.» (S.57) Al-Ghasin berichtet, wie die überlebenden Armenier bei arabischen Beduinen Zuflucht genommen hätten. Bei Maslat Pascha, dem Scheich des Djabbur Stammes, hätte er «einen Armenier aus Istanbul und einen aus Diyarbakir gesehen. Letzterer hieß Dikran und war aus einer angesehenen Familie. Maslat Pascha hatte dessen Schwester geheiratet und einige Armenier in seinen Dienst aufgenommen.»<sup>4</sup>

«Tscherkessische und kurdische Kriegsfreiwillige brachten die Karren, mit denen die Armenier deportiert wurden, in eine abgelegene Gegend, die als neuer Aufenthaltsort vorgesehen war. Der Wali von Diyarbakir, Raschid Beg – so erfuhr ich – hatte beschlossen, die Armenier in die Provinz Mosul zu verbannen. Unterwegs wurden viele verbannte Armenier von den Kriegsfreiwilligen erschossen.»<sup>5</sup>

Von einem Kriegsfreiwilligen hatte er gehört, wie sie die aus Diyarbakir vertrieben Armenier töteten und «das was sie an Geld und Kleider bei sich hatten, (plünderten), die Kleider wurden verkauft.»<sup>6</sup>

**Von Urfa nach Raqqa** 1915 sind circa 150 armenische Familien von Urfa nach Raqqa am Euphrat geflüchtet und haben sich unter den Schutz der einflußreichen al-Udjaili Familie gestellt. Trotz der toleranten Atmosphäre in Raqqa sind einige armenische Familien zum Islam übergetreten und haben die kurdische Lebensart angenommen, was zu Spannungen mit den christlichen Familien führte und ein Zusammenleben unmöglich machte.<sup>7</sup> Heute sind diese Familien vollständig in die Gesellschaft Raqqas aufgegangen. Familien mit christlich-armenischem Namen gibt es dort aber noch. Während meines Aufenthalts in Raqqa im Frühling 1992 berichtete mir Ibrahim al-Khalil von den überwiegend freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bevölkerung Raqqas und den Armeniern.<sup>8</sup> Die Armenier bauten in Raqqa eine Kirche und gründeten ihre eigene Schule. Sie waren in vielen Branchen tätig: Bäckereien, Schuh- und Limonadenherstellung, in der Mechanik, Schloßanfertigung und Karrenherstellung, usw. Mit der zunehmenden Industrialisierung und der Ausbreitung kapitalistischer Verhältnisse trugen die Armenier wesentlich zur Entwicklung des Jazira- und Euphratge-

biets bei. Sie benutzten in der Landwirtschaft schon früh moderne Geräte und Maschinen, reparierten Pumpen und Autos. Viele Details über das Leben der Armenier in Raqqa finden sich in dem Buch «Die Sozialgeschichte Raqqas im Blickfeld ihrer Entwicklung.», daß 1982 vom Kultusministerium in Damaskus herausgegeben wurde (S. 24).

### Der arabische Offizier

#### Abdulghani al-Djuda

Abdulghani al-Djuda

wurde 1896 in Aleppo geboren. 1911 ging er nach Istanbul, um eine Fachausbildung in Agrarwissenschaft zu absolvieren. Als 1914 der erste Weltkrieg ausbrach, wurde er rekrutiert und diente als Offizier in der osmanischen Armee. 1915 wurde er damit beauftragt, Armenier in der syrischen Steppe auszusetzen, wo sie in der Einöde vor Hunger, Durst und Erschöpfung umkommen sollten. Abdulghani setzte sich über die Anweisung seiner Vorgesetzten hinweg und half den Armeniern, die ihm dafür drohende Todesstrafe in Kauf nehmend. Einige Armenier brachte er selbst nach Salamiya, westlich von Hama, in Sicherheit. Andere konnten mit Hilfe arabischer Beduinen nach Deir ez-Zor gebracht werden. In Salamiyya und Umgebung arbeiteten die meisten der arbeitsfähigen Armenier in der Landwirtschaft, bis sie nach Kriegsende in andere Städte in Syrien und Libanon zogen, wo sich bereits viele Armenier niedergelassen hatten.

Der Richter Saad Zaghul al-Kawakibi hatte von seinem Verwandten Abdulghani al-Djuda gehört. Als er Erivan, die Hauptstadt Armeniens, besuchte, traf er dort zufällig einen der von Abdulghani al-Djuda geretteten Armenier. Er hatte in Salamiyya gelebt, bevor er sich in Erivan, niederließ. Al-Kawakibi schrieb alle Informationen über die mutige Tat seines Verwandten Abdulghani al-Djuda nieder. Iyad al-Kawakibi stellte mir dankenswerterweise eine Kopie der Schrift al-Kawakibis zur Verfügung. Das Original ist handschriftlich auf Seide geschrieben.<sup>9</sup>

1 Geschichtsdokumente von Aleppo, Beirut 1958, 1. Band, S. 85.

2 Ahmad Wasfi Zakariya: Die Stämme in Bilad ash-Sham», Damaskus 1947. 2. Band. (Arabisch). Er hatte die Berichte, als er 1916 in Deir ez-Zor arbeitete, gesammelt.

3 Erinnerungen von Fa'iz al-Ghasin, Damaskus 1939, S. 57

4 Ebenda, S. 74

5 Ebenda, S.66

6 Ebenda, S.59

7 Sozialgeschichte Raqqas im Blickfeld ihrer Entwicklung, Damaskus 1982, S. 15f. (Arabisch).

8 Treffen mit Ibrahim Khalil am 15.4. 1992. Khalil ist 1940 in Raqqa geboren und ist Dozent für Arabisch. Seine Geschichten veröffentlichte er in der Literaturwoche, die der Arabische Schriftstellerverband herausgibt. Er hat die Ereignisse bewahrt, die er von älteren Menschen und von Augenzeugen gehört hatte.

9 Abdallah Hanna: Eindrücke von seinen Rundreisen 1984 und 1985 in al-Jazira und im Euphratgebiet (unveröffentlichte Notizen).